27.12.1928

Jahrgang VIII Nr. 24

Der Heimatdienst

2. Dezemberheft 1928

Stadt Bücherei Elbing



Weihnachtstraum

Weihnacht.

Von Theodor Heuß.

Selsam genug: wenn Weihnachten kommt, werden auch die Menschen, die mit Religion und Kirche nichts zu tun haben wollen, die sonst vielleicht, als Einzelne oder in der kämpfenden Gruppe, gegen solche „veralteten Dinge“ hadern und höhnen, in irgendeiner Ecke ihrer Seele fromm. Oder doch milder, nachsichtiger — sie wollen helfen, daß der Freude ein Tor zu den Menschen aufgeschlossen bleibe oder aufgeschlossen werde. Sie tragen ein Stück Kindheit mit sich, wenn sie nicht ganz verhärtet wurden, und spüren, daß dies das Fest der Kindheit ist. Gewiß, ein Fest der Kirche und der Religion, aber aus enger Bindung entlassen, und so ganz in Volkssitte ein- und aufgegangen, daß für zahllose das Wissen der Sinngebung sich völlig verwischt. Und nun zwischen den hohen Feiertagen der Kirche freilich ein Fest ganz ohne Theologie, wenn man so sagen darf — fast völlig bar der Reflexion, der dogmatischen Umgrenzung und Ausdeutung, Tag der Freude und jener schlichten und vollkommenen Poesie, mit der das Evangelium die Weihnachtsgeschichte erzählt.



Evmari — Musizierende Engel

Glücklich der, den die Melodie der frohen Nacht von seinen Kindertagen begleitet hat, daß er sich ihr gerne wieder öffnet. Es ist eine einfache Melodie, die auch den Menschen einfach macht und darum zur Freude und Mitfreude geschickter. Kein Tag bewahrt so sehr eigentümliche Überlieferung der Familie, des nahen Kreises als dieser; jeder will hier ein Stück und dort ein Stück der eigenen Kindheit aufbauen, das Gewesene und Geglaubte wieder nahe wissen, und wäre es nur für ein paar Stunden. Will das jeder? Wir altmodischen Leute bildeten uns das eine Zeitlang ein oder glaubten es, bis wir merkten, daß die Weihnachtstage, für viele ein Kindheitsfest, zum Termin für Wintersport sich verwandelt haben und daß sie eine Hotelkonjunktur geworden sind.



Evmari — Anbetung der Hirten

*

Das ist ja nun ein Gedanke, dem ein wenig nachzugehen sich vielleicht schon lohnt: wie das innigste Fest des Christentums zu einer geschäftlichen Umdichtung geworden ist. Weihnachten ist nicht bloß oder nicht mehr allein ein Fest zarter und heimeliger Nähe, sondern es ist ein Faktor der nationalen Ökonomie. Wenn man vor etwas lauten oder groben Worten keine Angst hat, so könnte man von der Industrialisierung der heiligen Nacht sprechen oder in dem breiten Geschehen der religiösen Sitte ein kapitalistisches Unternehmen sehen. Das klingt ein wenig brutal; aber vielleicht darf man auch diesen Blickpunkt einmal wählen. Dann ergibt sich: die Wochen und Tage vor dem Fest sind, geschäftlich gesprochen, „Hochsaison“, die nicht nur einfach nach Kauflust, Kaufkraft und Gebefreudigkeit des Publikums abläuft, sondern wofür in den Ateliers und Werkstätten während des Frühjahrs die Feldzugspläne entworfen werden und bei den großen Herbstmessen Aufmarsch und Entfaltung der Kräfte erfolgt.

Denn, wer auf alle Sentimentalität verzichtet, sieht deutlich genug, daß gerade die eigentliche Weihnachtsindustrie (des „Gelegenheitsartikels“) die typischen Formen des kapitalistischen Verfahrens kennt: Entwerten des Heutigen zum Gestrigen, damit die Erwartungen für Neues, Morgiges freigemacht werden. Denken wir an Spielzeuge. Kinder sind immer Kinder, aber ihre Welt wird geändert und umgebildet. Es gibt ein paar ehrwürdige Dinge, die wir vor Jahrzehnten besaßen und die wir heute noch unseren Kindern geben können, Kasperletheater, Zauberkasten — aber das sind ein paar Ausnahmen. Im großen hat sich die Welt des Spielzeuges, soweit es fertige Ware ist, geändert, ganz natürlich sich anpassend dem Wechsel in der Welt der Erwachsenen, aber doch so, daß neben manchen besinnlichen Besserungen sehr viel altes Erbgut verschleudert und vertan wurde, um den Nouveautés Platz zu machen. Kinderspielzeug unserer Eltern ist zur kulturhistorischen Kuriosität geworden — holt man es aber hervor, so zeigt sich, daß es allem Zwang zum Veralten widersteht. Das müßte nachdenklich stimmen.



Evmari — Heilige Familie

Dieser Zustand, daß die Kauflust für ein paar Wochen hochflutet, erscheint volkswirtschaftlich fragwürdig. Denn da die seelische Disposition der Menschen die ist, daß sie irgend etwas und möglichst viel kaufen wollen, ohne zunächst deutlich zu wissen, was eigentlich es sein soll, fallen sie der Bedürfniserweckung jeglicher Art hemmungslos anheim. Die „Auslage“ reizt das Auge, man durchstreift die gestapelten Lager in der Erwartung, irgend etwas zu finden. Diese unsichere und planlose Haltung des Käufers korrespondiert mit dem Charakter des Angebots, und daraus ergibt sich, wie leicht Weihnachtstische zur Anhäufung von Nichtigkeiten werden, die nach einer abendlichen Freudensensation am nächsten Morgen schon den Beschauer etwas gelangweilt oder verlegen anstarren.

Nicht als ob puritanischer Eifer Weihnacht zur Versammlung biederer Nützlichkeiten machen sollte! Wenn schon die Menschen offenbar einen periodischen Termin brauchen, um im Geben und Nehmen ihr Lebensgefühl zu erhöhen, dann soll darauf auch der Glanz von Dingen, der Widerschein von Gesinnungen liegen, die jenseits der baren Lebensnotwendigkeiten stehen. Aber schlimm ist irrende Hast, die in den Magazinen all dies schnell einfangen will. Löste sich Weihnacht von diesem Charakter des „Saisongeschäftes“, dann möchte sich manches zum Besseren wenden: anständige, überlegte, aus Ruhe und Distanz geschaffene Arbeit würde dort erscheinen, wo heute noch die Aufmachung einer kurzlebigen Massenindustrie triumphiert, hinter der häufig genug Heimarbeit steht, d. h. mäßiges Material und geringe Löhne. Festfreude wird mit dürftigem Leben der festbereitenden Arbeitskräfte bezahlt.



Evmari — nach Ägypten

Die Industrialisierung der Weihnacht ist ein großer Wirtschaftsfaktor geworden. Ganze Gegenden leben von ihr, und in dem Marktkampf ist sie von Gewicht. Die Welt wollte sich nach dem Krieg vom deutschen Spielzeug trennen, greift aber jetzt darauf zurück.

Neben den vortrefflichen Spezialwaren erscheint im Export vielerlei Schund, armselig an Ausführung und innerem Wert. Damit macht das deutsche Gemüt moralische Eroberungen nur von der kurzen Lebensdauer des Tandes.

*

Sind solche Betrachtungen erlaubt, da das Christkind fast als der Schutzengel des Kommerzes auftritt und Religion wie eine Spalte im Buch von Kalkulation und Umsatz erscheint? Sie mögen dem Leser ein wenig abwegig erscheinen, unangebracht in den Tagen, da die Seele gerade von solcherlei Geschichten frei sein und unbeschwert in das Kinderland einer fröhlichen Gläubigkeit fliegen möchte. Aber sie lassen sich nicht verscheuchen, und man möge sie sich darum gefallen lassen. Weihnachten ist nicht nur Familienfest; es soll auch nicht bloß eine Entlastungsaktion von „schlechtem Gewissen" sein, da sich ein plötzlicher Wohltätigkeitstrieb der sonst „verdrängten" Einsicht öffnet, wieviel Not und Freudlosigkeit der Tiefe diese Zeit begleitet. Allerlei Bescherungen und aufgetürmte Gabentische müssen denn helfen, dem Gewissen für ein Jahr Ruhe zu verschaffen. Das Verfahren muß hingenommen werden — Weihnachten ist nicht bloß ein Faktor der Wirtschaft, sondern auch der deutschen Vereinsgewöhnungen geworden.

Es soll aber mehr bleiben oder wieder mehr werden: ein Tag der Stille, nicht dem Betrieb geopfert, sondern jener Einkehr bei sich selber gerettet, die abwägt, ob das Freudeempfangen auch einem Freudegeben entspricht. Dann erhöht sich das Fest, wenn wir frei empfinden dürfen, daß es das Fest der andern ist.

Die deutsche Jugend im Weltkrieg.

Von Karl Schwendemann.

„Kriegsbriefe gefallener Studenten", herausgegeben von Professor Dr. Philipp Witkop, München. Verlag Georg Müller. 343 S.

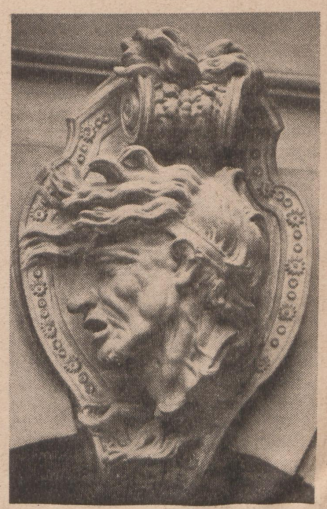
Es ist eine kleine Auswahl aus über 20 000 Briefen, die der Herausgeber der Öffentlichkeit zugänglich macht. Wir sind ihm dafür zu tiefem Dank verpflichtet, denn es ist eine der bedeutendsten und in jeder Hinsicht ergreifendsten Briefsammlungen der deutschen Literatur, die er uns geschenkt hat. Sie zeigt uns, wie der Krieg auf die deutsche akademische Jugend gewirkt hat, wie sie ihn erlebt, geschaut und unmittelbar gestaltet hat: die deutschen Studenten vor dem Problem des Weltkrieges, nicht vor diesem Problem als einem politischen — es ist sogar erstaunlich, wie wenig Gedankenreihen politischer Art sich hier finden —, sondern der einzelne jugendliche Mensch vor dem Krieg als Erlebnis, mit dem er sich auseinandergesetzt und das er gestaltet. Selten hat man nicht den Eindruck unmittelbarster Naivität in Empfindung und Darstellung, und das macht nicht zum mindesten den faszinierenden Reiz dieser Briefe aus. Hier stehen junge, höchst aufnahmefähige, intelligente und gebildete Menschen vor dem Ereignis des Krieges; als Handelnde und Leidende, hineingerissen in ein ungeheures und furchtbares Geschehen, als Teilnehmer beim Zusammenprall der Kräfte einer ganzen Welt. Viele, die meisten dieser Briefe sind Aug' in Auge mit dem Tod geschrieben, in einer Kampfpause, nach oder vor einem Sturm, von einer lebenshungrigen, ganz der Zukunft und dem Hoffen zugewandten Jugend, für die das Leben noch kaum begonnen hat. In solcher Lage fallen die Hüllen, verschwinden die Reserven, und alles, was gesagt wird, ist offen wie ein letztes Bekenntnis. Beichten sind es, ein Sichdarbieten jugendlicher Seelen ohne Rückhalt, ohne Einschränkung. Wie wenig Briefe können es in dieser Hinsicht mit denen dieser gefallenen Studenten aufnehmen!



Was sich dabei eröffnet, ist in jeder Hinsicht von wundervollem Niveau. Man weiß nicht, was ergreifender ist, die tiefe Frömmigkeit oder die philosophische Gedankenweite, das menschliche Ethos oder die künstlerische Kraft, mit der Dinge, Ereignisse und Zustände geschaut und geschildert sind. Man sieht hinein in alle Tiefen deutschen Wesens, in das deutsche Gemüt, in deutschen Idealismus und weltbürgerliche Gesinnung, die alle wieder von einem tiefernsten Pflichtgefühl, von einer herrlichen und rührenden Liebe zu Volk und Vaterland erleuchtet werden. Daß man sich opfern müsse, daß es heilige Pflicht sei, die Lieben zu Hause und den Boden des Vaterlandes zu verteidigen, daß davor alle Furchtbarkeiten, Mühen und Nöte des Krieges gleichsam nichts bedeuteten, daß das eigene Ich hinter dem großen Ganzen des Volkes und seiner Zukunft zu verschwinden habe, solche Überzeugung wird in diesen Briefen immer wieder in starken und klaren Worten ausgesprochen.



Herausgerissen aus dem Studium mit seinem Suchen nach einem Weg durch die vielerlei Probleme des Lebens und Wissens, sehen sich die Schreiber durch das Erlebnis des Todes und die furchtbaren Eindrücke der Schlacht, durch die Hilflosigkeit des Liegens im Granatfeuer und die Zufälligkeit, mit der man fällt, plötzlich wie am Ende dieses Weges und am Schluß aller Problematik. Viele sind da fromm und gläubig, sind voll Gottvertrauen und fühlen sich in ihres Schöpfers Hand: „Was mich gefaßt und ruhig in die Zukunft blicken läßt, ist die Überzeugung, daß in allem und jedem das Schicksal Gottes schafft und daß auch das kleinste Weltgeschehen dazu bedacht und bestimmt ist, dem Endziel der Menschheit, dem Reiche Gottes zu dienen. Dieser einfache Glauben verleiht Kraft, Leiden- und Weltüberwindung, da der Weg der Menschheit nicht zur Finsternis, sondern zum Licht führt . . . Meine Seele ist unbeschwert, ich sterbe gern, wenn Gott es mit mir beschlossen hat", so schreibt einer aus dem Schützengraben vor Ypern. Ein anderer: „Wenn ich auch nicht an die bekannte persönliche Unsterblichkeitsidee glaube, der Anblick der funkelnden Sterne gestern abend und sonstige Erinnerungen und Beobachtungen aus früherer Zeit, zumal aus Goethe, haben in mir wieder die alte Theorie von der Allseele, in der die Einzelseele aufgeht, belebt. Und so habe ich jetzt schon ruhiger die Granaten über mich hinsausen hören . . . so bin ich beruhigt und gefeit." Ein dritter faßt sich so: „Die echte Liebe ist das einzige, was über diese Scheinwelt hinausragt, sie ist das Ewige, und wenn man sie erfaßt, dann ist man über alles sogenannte Furchtbare erhaben." Freilich, der Wille zum Leben kommt daneben stark, zuweilen aufbegehrend zum Ausdruck: „Wenn wir an etwas glauben, so ist es das Leben. Im Kriegsalmanach des Inselverlages findet sich ein Aufsatz ‚Den Gefallenen' von einem sehr bekannten Schriftsteller, darin die Worte ‚durch die Nation geht es wie ein Rausch der Todeslust, das Leben wird von Hunderttausenden hingeworfen, als sei es ein Nichts'. Das ist Literatur. Wenn wir den Tod erwarten, so erfolgt das aus nüchternen Überlegungen heraus . . . Leben wollen, oh, das wollen wir, bewußt und unbewußt, mit unerhörter Intensität." Aus



Rußland schreibt ein anderer: „Merkwürdig, alles Gefühl schläft hier draußen, nur meine Phantasie lebt und ist wilder als je zuvor, und die Sehnsucht nach der Heimat, nach Frieden, nach ruhiger, stiller Arbeit und reifem Lebensgenuß wächst dauernd." Wieder ein anderer: „Man fühlt, daß man notwendig etwas zu sagen hat, wirken muß, gleichsam eine Berufung hat. Deswegen möchte man leben, leben, um später einmal zu wirken. Das ist anders als Furcht vor dem Tode oder Liebe zu dem schönen, ach so schönen Leben."



Zuweilen klingen aus diesen Briefen Stimmen aus dem Zwischenraum zwischen Tod und Leben, aus dem Traum, oder letzte Rufe vor dem ewigen Stummwerden. „Ich träume jetzt überhaupt so seltsames Zeug zusammen. Neulich war ich mit Christel Strohmann, wie im Frieden so oft, beim Kaffee zusammen . . . Ich konnte immer ein sonderbares Gefühl nicht loswerden, wußte aber nicht, was es eigentlich war. Endlich entrang sich mir die Frage: ‚Wie ist das eigentlich, du bist doch schon lange gefallen?' ‚Ja,' sagte er lächelnd, ‚du doch auch. Alle, die du hier siehst, sind Gefallene . . .' Was sagst du zu solch merkwürdigen Träumen? Vielleicht Vorbedeutung?" An die Totentänze der mittelalterlichen Kunst oder des jüngeren Holbein erinnert der Traum eines Studenten aus dem Schützengraben vor Loos: „Ich muß dir doch meinen Traum von der letzten Nacht mitteilen, der mich lebhaft beschäftigt und mich mit abergläubischer Furcht erfüllen will: Ich war im Krieg, sonderbarerweise mit den Russen. Ich lag in einem Schloß auf Vorposten, ich kam in ein Zimmer, und wie ich eintrete, eilt mir ein schönes, verlockendes Weib entgegen. Ich will sie küssen, und da ich mich ihr nähern will, grinst mich ein Totenschädel an. Einen Augenblick bin ich erstarrt vor Schreck, dann aber küsse ich ihn so heftig und heiß, daß mir ein Stück seines Unterkiefers zwischen den Lippen bleibt. Im selben Augenblick verwandelt sich der Tod in meine Anna — und dann muß ich aufgewacht sein. Das ist der Traum vom Tod, den ich geküßt habe."



Mit lapidarer Eindruckskraft kritzelt einer auf dem Schlachtfeld die Abschiedsworte an die Eltern: „Schwerverwundet liege ich auf dem Schlachtfeld. Ob ich durchkomme, liegt in Gottes Hand. Sonst weint nicht, ich gehe selig heim. Euch alle grüße ich noch einmal herzlich. Möge Gott Euch bald Frieden schenken und mir eine selige Heimfahrt geben. Jesus hilft mir, so stirbt sich's leicht, in herzlicher Liebe." Der Abschied von den Eltern, der Dank für alles, was sie gegeben und gewesen, die Liebe zu ihnen, die Hoffnung, sie wiederzusehen, stehen in vielen dieser Briefe mit starken und zärtlichen Worten: „Und wie ich Euch danke, für das, was Ihr mir im Leben Gutes getan habt, wie ich Euch allen für den Sonnenschein und das Glück danke, in dem ich lebte, wißt Ihr. Freudig, dankbar und glücklich werde ich sterben, wenn es sein muß! Dieses aber soll noch ein Gruß der heiligsten Liebe sein für Euch alle und für alle, die mich lieben", schreibt einer am 24. April 1915 vor dem Sturm auf die Combres-Höhe, bei dem er geblieben ist. Über die Maßen rührend spricht sich ein anderer in einem Gedicht an die Mutter aus, von dem hier einige Strophen stehen mögen:

„Nicht uns, die fechten, stürmen, siegen, fallen,
schlägt dieser Krieg am blutigsten die Wunden,
er gab uns manche frohen, frischen Stunden.
Die Mütter trifft die schwere Zeit vor allem.

Denn ist hier draußen auch ein hartes Leben,
wir lernten schnell uns daran zu gewöhnen,
sie aber sind beständig bei den Söhnen
mit ihren Sorgen, unter stetem Beben.

Es wird dereinst der Friede schnell vertreiben
bei uns des Krieges Ungemach und Wunden.
Ihr aber blieb ein Zeichen dieser Stunden,
denn graues Haar wird immer graues bleiben.

Ich glaub', wenn wir der Mutter einst begegnen,
wir werden auf die Knie sinken müssen,
in Demut ihre grauen Strähnen küssen:
‚O Mutter sieh! mir half Dein treues Segnen'."

Die Stellung dieser Jugend zum Krieg als solchem ist naturgemäß zwiespältig. Das wird nicht selten in ein und demselben Briefe sichtbar. So sehr die Höhepunkte des Erlebens gepriesen werden, so wenig ist jedoch zu verkennen, daß die Sehnsucht nach dem Frieden, nach der Heimkehr überwiegt. „Daß ich den Krieg als Krieg hasse, brauche ich kaum zu sagen, aber gerade deshalb will ich kämpfen und teilnehmen an der großen Sache und gern sterben, wenn ich mit dazu beitragen kann, den Weltkrieg in den Weltfrieden zu verwandeln", schreibt einer, und ein anderer: „Den Frieden! Alle Sehnsucht, die einer, der so lange von seinen Lieben weg ist, aufbringen kann, alle Wünsche, die er für sich hegt, und alle Träume, die er in seinem Unterstand von der Zukunft träumt, sind zusammengefaßt in diesem einen linden Wort: Frieden." Das Grauen der Schlacht, die Mühen von Kampf, Arbeit, Hunger und Entbehrungen jeder Art schärfen das Auge für die Herrlichkeit der Natur. So schreibt einer aus Kragujewaz im September 1915. „Alle Orden und Lorbeeren, die meine Kameraden an der Westfront ernten, ersetzen diese wundervollen Höhen und Tiefen nicht, in die uns der Krieg wirft. Einen Tag elendeste Trostlosigkeit, Regen, Verluste, nichts zu essen, die Pferde krank und abgehetzt, am anderen Sonnenschein, eine märchenhafte, schöne, wilde Landschaft mit zerklüfteten Bergen, lieblichen Weingärten und am Hang sich hinziehenden Dörfern und dann zu Füßen die eroberte Stadt in die der lange Heerwurm des Korps einzieht." Das Leben, das man im Kampfe darbot, das man hundertfach neben sich zerstört und erloschen sah, wie wird es reich und neu und wundersamer Besitz, wenn nach einer Nacht des Grauens die Sonne wieder golden leuchtet. Dann steigen dankbare, jauchzende Hymnen an das Leben aus den Granatlöchern und Schützengräben auf. Sie bekommen gesteigerte Kraft und Wirkung durch die Schilderung von Kämpfen, von Stürmen und ihrer Abwehr, vom Aushalten im Granathagel. Da sind solche, recht ausführliche von der Combres-Höhe (S. 37 f.), von der Lorettohöhe (S. 89), von der Somme (S. 340 f.), die zum Stärksten, Unmittelbarsten und Größten gehören, was je über Kampf und Krieg gesagt worden sein mag. So ist es denn ein unaufhörliches Auf und Ab, durch das man in diesem Buche geführt wird, vom Schrecken des Kampfes zur Herrlichkeit der Natur, vom Erleben des Todes zum lachenden, goldenen Leben. Mit höchster Stärke finden wir unser eigenes Dasein wieder, dieses bald langsame, bald schnellere Schreiten zwischen Tod und Leben, zwischen Grauen und Hochgefühl, zwischen Leiden und Freude, Fürchten und Hoffen, Entsagen und Wollen, Wirrnis und Klarheit. Intensiver als im gewöhnlichen Rhythmus des Daseins hat es ja jeden von uns, der im Felde stand, überkommen, und wir finden uns deshalb in diesen Briefen selbst wieder. „Sonst waren wir so wilde Dramatik nur auf dem Theater gewohnt, jetzt führen wir selbst als handelnde Personen das erschütternde Drama der Weltgeschichte auf." So faßt einer die Sache prägnant zusammen.



Nach den kurzen Andeutungen über dieses herrliche Buch soll nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß, wer immer Freunde unter anderen Nationen zählt, die des Deutschen mächtig sind, ihnen dieses Buch schenken sollte. Gegen die Lügenpropaganda während des Weltkrieges und ihre heute noch vielfach andauernden Wirkungen gibt es kein besseres Heilmittel als dieses Buch, das uns erzählt, wie Deutschlands Jugend den Krieg erlebte.

Die Bilder zeigen die Masken sterbender Krieger, die Andreas Schlüter (1664—1714) für das Berliner Zeughaus gefertigt hat.

Der deutsche Standpunkt in der Räumungsfrage.

Von Dr. Rudolf Breitscheid (M. d. R.).

In dem Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen ist das Ergebnis der Besprechungen, die die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Englands in Lugano geführt haben, noch nicht bekannt. Es scheint aber so, als ob man über das im September in Genf Erreichte, insbesondere was die Frage der Rheinlandräumung angeht, kaum hinausgekommen sei, und das ist nicht verwunderlich, da von vornherein nicht anzunehmen war, daß die Gegenseite uns heute zugestehen würde, was sie uns vor einem Vierteljahr verweigert hat.

In Genf war, wie wir uns erinnern, von den deutschen Vertretern die Forderung nach der sofortigen Gesamträumung des besetzten Gebietes aufgestellt und in erster Linie rechtlich begründet worden. Die andern aber erkannten die deutsche Auslegung der in Betracht kommenden Artikel des Versailler Vertrags nicht an, sondern hielten vielmehr daran fest, daß die Voraussetzung zur Befreiung der Rheinlande zum mindesten in der endgültigen Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen bestehen müsse. Deutschland bestritt den Zusammenhang zwischen Reparationen und Räumung, und schließlich einigte sich die Sechs-Mächte-Konferenz dahin, daß über beide Gegenstände parallel verhandelt werden solle und daß dabei auch eine Antwort auf den französischen Wunsch nach Einsetzung einer Feststellungs- und Ausgleichskommission für Streitfragen in der entmilitarisierten Zone zu erteilen sei.

Inzwischen hat dann der englische Außenminister im Parlament noch einmal die deutsche Rechtsauffassung zurückgewiesen und dabei dem Artikel 431 des Versailler Vertrags eine Interpretation gegeben, die in Deutschland um so schwerere Bedenken erregen mußte, als sie die Genfer Thesen noch verschärfte. Dieser Artikel besagt, daß die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen werden, wenn Deutschland vor dem Ablauf des Zeitraums von 15 Jahren alle Verpflichtungen erfüllt, die ihm aus dem Vertrag erwachsen. Das hier vorgesehene Zugeständnis, so erklärt Chamberlain, könne nur dann wirksam werden, wenn Deutschland die Gesamtheit seiner Reparationsverpflichtungen erledigt und abgetragen habe. Es genüge nicht, daß Deutschland den Verpflichtungen, die es hinsichtlich der laufenden Reparationszahlungen übernommen habe, regelmäßig Genüge leiste. Mit andern Worten: auch wenn es gelingt, auf dem Wege über die geplanten Sachverständigenkonferenzen einen definitiven Plan für die deutschen Reparationsleistungen zu finden, so hat Deutschland noch keineswegs den Anspruch auf eine frühere Räumung des besetzten Gebietes.

Nun wäre es verfehlt, bei einer Erörterung dieser Dinge ausschließlich den Artikel 431 zu berücksichtigen. Man muß vielmehr den gesamten Westeuropa betreffenden Abschnitt des XIV. Teil des Friedensvertrages in Betracht ziehen, und zu seinem Verständnis ist es ferner notwendig, einen kurzen Blick auf seine Entstehungsgeschichte zu werfen. Das wird uns erleichtert durch die Neuherausgabe des „Staatsarchivs", das die offiziellen Aktenstücke zur Außenpolitik der Gegenwart sammelt und in seinem ersten Band die Verhandlungen über die Sicherheitsfrage von ihren Anfängen bis zum Abschluß des Locarnovertrags zusammenstellt.

Als Kriegsziel hatte Frankreich schon in den Jahren 1916 und 1917 die Loslösung des linken Rheinufers vom Deutschen Reiche aufgestellt. Bei den Friedensverhandlungen wurde diese Forderung mit Rücksicht auf die englischen und amerikanischen Verbündeten dahin eingeschränkt, daß das linke Rheinufer nicht etwa annektiert, wohl aber in irgendeiner Form unter die ständige militärische Herrschaft der Alliierten gestellt werden solle. Der Rhein sollte die staatliche und, wenn das nicht angehe, die militärische Grenze der neuen deutschen Republik sein. Foch und Clemenceau vertraten diesen Anspruch im Namen der Sicherheit Frankreichs mit allem Nachdruck und mit zäher Hartnäckigkeit. Aber sie stießen auf einen ebenso energischen Widerstand Wilsons und Lloyd Georges, die im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker jede irgendwie geartete Lostrennung des linksrheinischen Gebietes von Deutschland bekämpften und jeder militärischen Besetzung abgeneigt waren. Sie erklärten sich mit allen andern der Sicherheit Frankreichs dienenden Maßnahmen, wie der Entwaffnung Deutschlands usw., einverstanden, sie waren auch bereit, mit den Franzosen ein Defensivbündnis gegen einen nicht herausgeforderten deutschen Angriff einzugehen — der Plan scheiterte schließlich an der Ablehnung des Versailler Vertrages durch den amerikanischen Senat — aber von weiteren Zugeständnissen an die französischen Forderungen wollten sie nichts wissen.

Das Ende war schließlich ein Kompromiß, nämlich die Besetzung auf fünfzehn Jahre mit der Maßgabe einer etappenweisen Räumung des Gebietes nach je fünf Jahren. Das Kompromiß, das in den Artikeln 428 bis 431 des Versailler Vertrages niedergelegt ist, trägt deutlich die Spuren der Meinungsverschiedenheiten, die unter den Alliierten bestanden, und es zeigt gleichzeitig, daß der Gedanke der Besetzung im Laufe der Zeit einen Funktionswechsel durchgemacht hatte. Am 28. April 1919 richtete Poincaré als Präsident der französischen Republik an den Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben, in dem er auseinandersetzte, daß zugunsten der Besetzung nicht nur die militärischen Erwägungen des Marschalls Foch sprächen, sondern daß die Rheinlande auch als Pfand für die Leistung der deutschen Reparationsverpflichtungen in der Faust Frankreichs bleiben müßten, bis eben diese Leistungen erfolgt seien. Die fremden Truppen auf deutschem Gebiet sollten also nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr ausschließlich der militärischen Sicherheit Frankreichs dienen, sondern sie sollten die Ausführung des Gesamtvertrags garantieren. So heißt es denn im Artikel 428, daß die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe auf fünfzehn Jahre besetzt werden „als Sicherheit für die Ausführung des vorliegenden Vertrags durch Deutschland", und der Artikel 431 sieht die sofortige Zurückziehung der Besatzungstruppen vor, „wenn Deutschland vor dem Ablauf des Zeitraums von fünfzehn Jahren alle Verpflichtungen erfüllt, die ihm aus dem gegenwärtigen Vertrag erwachsen."

Nun läßt sich nicht leugnen, daß in den bisher geltenden deutschen Übersetzungen statt „erfüllt" zu lesen ist „erfüllt hat", was offenbar ein Übersetzungsfehler ist. Aber selbst, wenn es nicht mehr angängig sein sollte, sich mit solcher philologischen Akribie auseinanderzusetzen: der in sich widerspruchsvolle Charakter des Kompromisses liegt doch klar zutage. Niemand konnte damit rechnen — und Lloyd George hat das auch im Verlauf der Friedensverhandlungen einmal ausgesprochen —, daß Deutschland die gewaltigen finanziellen Lasten, die man ihm aufzulegen beabsichtigte, in einem Zeitraum von fünfzehn Jahren abzutragen imstande sei, und doch soll nach Ablauf dieser Frist die Gesamträumung erfolgen. Gewiß ist in dem Artikel 429 eine Verlängerung der Besetzungszeit vorgesehen, aber doch nur für den Fall, daß zu diesem Zeitpunkt die Sicherheiten gegen einen nichtherausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als ausreichend betrachtet werden. Daß heißt also, es wird hier wieder nur die militärische Sicherheit Frankreichs in Betracht gezogen. Und wenn der Artikel 430 die Möglichkeit einer Wiederbesetzung nach Ablauf der fünfzehn Jahre für den Fall ins Auge faßt, daß Deutschland sich weigert, die Gesamtheit oder einzelne der ihm obliegenden Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen, so darf man nicht außer acht lassen, daß hier von einer ausdrücklichen Weigerung Deutschlands die Rede ist, ganz abgesehen von den auch von den Franzosen anerkannten außerordentlichen Schwierigkeiten der Durchführung einer solchen Wiederbesetzung.

Ein weiterer sehr gewichtiger Beweis gegen die Richtigkeit der von Chamberlain vertretenen Auffassung ist aber die im Artikel 429 angekündigte etappenweise Räumung. Von fünf zu fünf Jahren sollen Teilgebiete befreit werden, wenn Deutschland die Bedingungen des Vertrages „getreulich erfüllt". Ist man der Meinung, daß „Erfüllung" die vollendete Durchführung aller Vorschriften bedeutet, dann ist die Räumung in Etappen widersinnig, und dann haben die Alliierten praktisch nicht im Sinne ihres Vertrages gehandelt, als sie tatsächlich nach Ablauf von fünf Jahren ihre Truppen aus der ersten Rheinlandzone zurückgezogen.

Sucht man noch nach einer weiteren Stütze des deutschen Räumungsanspruchs, so ist sie in der von Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichneten Erklärung vom 16. Juni 1919 zu finden. Dort heißt es: „Die alliierten und assoziierten Mächte beabsichtigen nicht, die Zeit der Besetzung auszudehnen, bis die Reparationsklauseln vollständig ausgeführt worden sind, da sie annehmen, daß Deutschland sich verpflichtet fühlen wird, jeden Beweis seines guten Willens und jede notwendige Garantie vor Ablauf der fünfzehnjährigen Frist zu geben. . . . Wenn Deutschland zu einem früheren Datum Beweise seines guten Willens und befriedigende Garantien gegeben hat, die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu sichern, werden die alliierten und assoziierten Mächte vereint bereit sein, untereinander zu einem Abkommen über eine frühere Beendigung der Okkupationsperiode zu gelangen."

Vom völkerrechtlichen Standpunkte aus mag man einwenden, daß diese Vereinbarung unter den drei Staatsmännern für Deutschland kein Recht schaffe, aber auf jeden Fall schafft sie doch — Amerika ist aus den Bindungen des Versailler Vertrags ausgeschieden — eine Verpflichtung für England und Frankreich, auf die Deutschland sich zu berufen vermag. Wenn, um von den andern zu schweigen, selbst Clemenceau die Absichten der Alliierten so definierte, wie es in jener Erklärung geschah, so steht es Chamberlain und Briand nicht wohl an, daß sie sich an den Wortlaut des Artikels 431 (oder gar an eine falsche deutsche Übersetzung) klammern.

Die Dinge liegen nun demnach so: Artikel 428 und 431 könnten bei sehr intensiver und äußerst einseitiger Auslegung der Gegenseite einen Schein von Recht gewähren, der Artikel 429 aber sowohl wie Entstehungsgeschichte und Sinn des ganzen Vertragsabschnittes sprechen für Deutschland. Wir könnten uns außerdem darauf berufen, daß durch den Westpakt von Locarno allen berechtigten Sicherheitsforderungen Frankreichs Genüge geschehen ist, und wir könnten uns außerdem auch auf unsere Aufnahme in den Völkerbund beziehen, bei der ja, dem Statut entsprechend, eine der Voraussetzungen die war, daß „Deutschland für seine aufrichtige Absicht, seine internationalen Verpflichtungen zu beobachten, wirksame

Gewähr leistet." Aber selbst zugegeben, daß, wenn man die Angelegenheit einem schiedsgerichtlichen Verfahren unterbreitete, der Ausgang unzweifelhaft sein könnte, werden wir gut tun, bei aller Hervorhebung unseres Rechtsanspruchs und ohne auf die Zurückweisung entgegenstehender Vertragsauslegungen zu verzichten, den Hauptton auf die moralisch-politische Notwendigkeit der Rheinlandräumung zu legen. In der Präambel des Locarnovertrages wird gesagt, daß der Pakt in hohem Maße dazu beitragen werde, eine moralische Entspannung unter den Nationen herbeizuführen, und daß er geeignet sei, die Lösung vieler politischer und ökonomischer Probleme gemäß den Interessen und Gefühlen der Völker zu erleichtern. Auch hier ist es also nicht der Wortlaut, wohl aber der Sinn des Vertrages, der die Beseitigung der Rheinlandbesetzung als eines der wirklichen moralischen Entspannung im Wege stehenden Hindernisses fordert. Auf die Dauer sind die fremden Truppen auf deutschem Gebiete mit den Friedensversicherungen unvereinbar.

Das Abkommen des „als ob" zwischen Hamburg und Preußen.

Von Ministerialdirektor Dr. Hans Staudinger.

Am 5. Dezember ist in Hamburg zwischen dem Präsidenten des Hamburgischen Senats, Bürgermeister Petersen, und dem preußischen Ministerpräsidenten Braun ein Abkommen unterzeichnet worden über die Richtlinien künftiger gemeinschaftlicher Arbeit in den Hafen-, Siedlungs-, Verkehrs- und Verwaltungsfragen für das ganze Wirtschaftsgebiet der Unterelbe. Beim feierlichen Vertragsabschluß sagte Bürgermeister Petersen in seiner Rede: „Seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts haben preußische und Hamburger Vertreter über die Ausgestaltung des Niederelbegebiets verhandelt als hartnäckige Gegner. Im zehnten Jahre der deutschen Republik setzten sie sich zum erstenmal nicht nur als Vertreter ihrer Landesinteressen an den Verhandlungstisch, sondern in dem entschlossenen Willen, mit den Lösungen, die sie suchen, den deutschen Einheitsstaat als gute, an die Zukunft ihres Volkes glaubende Deutsche vorzubereiten." Das historisch Bedeutsame dieser Verhandlungen ist die endlich gereifte Erkenntnis, daß für unsere soziale und wirtschaftliche Entwicklung und damit auch für unsere kulturelle Entfaltung die inneren Landesgrenzen sich nicht einengend und belastend auswirken dürfen. Zwei an der Spitze ihrer Länderregierungen stehende Staatsmänner haben sich mutig und entschlossen zu dieser Erkenntnis bekannt. Sie haben „die Unvollkommenheit der inneren Gliederung der Deutschen Republik" zum Ausdruck gebracht und es als das Ziel ihrer Politik bezeichnet, eine „Neuordnung der politischen Gestaltung der Beziehungen ihrer Länder zueinander und zum Reich" anzustreben. Als erste reife Frucht dieser Politik ist der hamburg-preußische Vertrag entstanden. Das Besondere der Verständigung ist darin zu suchen, daß in ihr nicht nur der bloße Wille zur Überwindung der Ländergrenzen dokumentiert, sondern auch ein praktischer Weg gesucht und gefunden wurde, der zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets führen soll. Dieser Weg führte nicht über den Umweg, an dem die bisher versuchten Lösungen der sogenannten Groß-Hamburg-Frage immer wieder gescheitert waren, nämlich über die Länderabtretung Preußens an Hamburg. Man korrigierte also nicht an den Landesgrenzen herum; man verhandelte diesmal nicht über Austausch und Abtretung, da man ohnehin die Hoffnung hatte und aussprach, daß diese Landesgrenzen in absehbarer Zeit verschwinden werden. Man versuchte auch nicht die Lösung dadurch, daß Hamburg seinerseits die Grenzen niederlegen und in Preußen aufgehen sollte, ein Schritt, der — wie Bürgermeister Petersen zum Ausdruck brachte — heute verfrüht und zu schwer für die hanseatische Bürgerschaft gewesen wäre, die durch jahrhundertealte Tradition den Sinn für historische Verbundenheit, für Grenze und Hoheit noch lebendig erhalten hat, ein Schritt aber, zu dem sich Hamburg trotz allem bereit finden werde, wenn „der Tag kommt, an dem Preußen seine letzte große deutsche Mission erfüllt und das Reich, das es gegründet und zusammengehalten hat, zur wirklichen Einheit führt". Um schon jetzt praktisch vorwärtszukommen, schied man von vornherein jede Erörterung territorialer Fragen aus, ließ die politische Fassade unverändert und wählte den einfacheren Weg über die Brücke des „als ob". In der Präambel des Abkommens wird ausdrücklich hervorgehoben, daß „für die einheitliche Entwicklung des preußisch-hamburgischen Wirtschaftsgebietes die an der unteren Elbe erforderlichen Maßnahmen so zu treffen sind, als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären".



Otto Braun, preußischer Ministerpräsident *Phot.: Lerski*

Dieser neue Weg einer Überwindung der Verwaltungsgrenzen, des Gegeneinanderarbeitens im Interesse nicht allein Hamburgs und Preußens, sondern unserer gesamten Volkswirtschaft und damit auch unserer deutschen Volksverbundenheit, ist vom Ministerpräsidenten Braun in seiner Ansprache als eine große Hoffnung bezeichnet worden, als die Hoffnung dafür, „daß dieses Beispiel, das Hamburg und Preußen hier gegeben haben, bahnbrechend und richtungweisend für die gesamte Neugliederung des Deutschen Reiches wirken möge".

Die Unterhändler hatten also die Weisung, alle sozialen, wirtschaftlichen, verkehrstechnischen Fragenkomplexe und nicht zuletzt auch die Fragen der Verwaltungsvereinfachung unter dem Gesichtspunkte zu regeln, wie die natürliche, geographisch bedingte Wirtschaftseinheit des Unterelbegebiets freigelegt werden kann. Um eine dauernde Verflechtung der bisher getrennten Gebietsteile zu erzielen, sollte die Verständigung nicht auf die Verbindungsdrähte Berlin—Hamburg beschränkt bleiben, sondern in erster Linie eine enge Zusammenarbeit von Hamburg mit den angrenzenden blühenden starken preußischen Kommunen und Kreisen erblickt werden. Äußerer Ausdruck dieses Willens, die schwebenden Fragen aus den Bedürfnissen der Gebiete heraus zu lösen, ist die Tatsache, daß die Verhandlungen bisher nur noch selten in Berlin stattfanden und in Zukunft noch mehr nach Hamburg verlegt werden sollen, damit die erforderliche lebendige Fühlung mit allen örtlichen Stellen und Wirtschaftskreisen gesichert wird.

Während der Verhandlungen traten vier Hauptprobleme unmittelbar in den Vordergrund: erstens die Fragen des Hafens, zweitens in engstem Zusammenhang damit die Fragen der Siedlung und der Landesplanung, sodann drittens die Schaffung eines einheitlichen Verkehrsnetzes und endlich viertens die Verwaltungsvereinfachung. Die Verhandlungen über die Hafenfragen, die künftige Gestaltung des deutschen Welthafens Hamburg, sind bisher am weitesten vorgeschritten. Es wäre für die weitere Entwicklung des deutschen Außenhandels unmöglich gewesen, daß dieses wertvolle Gebiet an der Unterelbe weiterhin von zwei oder gar drei getrennten Zentren aus entwickelt worden wäre, nämlich von Hamburg, Harburg-Wilhelmsburg und Altona aus. Bei den Verhandlungen war es eine drückende Erkenntnis, daß manche von den Gebieten getrennt getroffenen Maßnahmen im gesamten Hafengebiet ineinandergreifender und damit wirtschaftlich zweckmäßiger hätten gestaltet werden müssen. Wichtigste Voraussetzung für eine einheitliche Gestaltung ist deshalb die Vereinbarung, wonach nunmehr nach der negativen Seite hin jeder Wettbewerb der drei beteiligten Einzelhäfen untereinander ausgeschaltet und nach der positiven Seite hin ein einheitlicher Bauplan für das gesamte Hafengebiet maßgebend sein wird. Verständlicherweise müßte hierbei von dem Zentrum des alten Hamburger Hafens ausgegangen werden, wobei für die preußischen Gebietsteile die Sicherung zu treffen war, daß Hamburg die Anlagen nicht einseitig auf seinem Hoheitsgebiet ausgestaltet, sondern in gleichem Maße dem natürlichen Wachstum der preußischen Gebietsteile Rechnung trägt, deren Hafenanlagen in den letzten Jahren mit großer Tatkraft und wirtschaftlichem Erfolge errichtet worden sind. Es kann als ein besonders befriedigendes Ergebnis aufgefaßt werden, daß schon heute über die Entwicklung der verschiedenen Hafenteile für die kommenden Jahre eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt worden ist. Vor der Welt wird die nun-

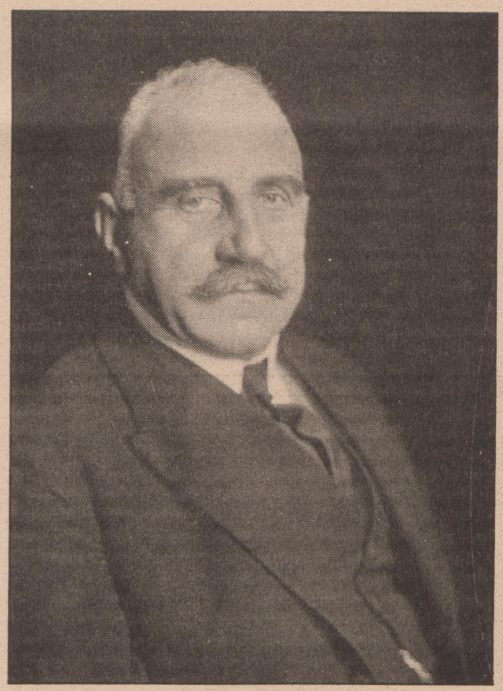
mehr geschaffene Verständigung schon dadurch zum Ausdruck kommen, daß das gesamte Gebiet verkehrsstatistisch eine Einheit bildet, es also künftig nach außen nur noch den „Hafen Hamburg" gibt. Es ist ein Verdienst des Oberbürgermeisters Brauer von Altona, daß er sich den preußischen Vereinbarungen für den städtischen Altonaer Hafen angeschlossen hat.

Mit Recht wird die Frage erhoben, warum nicht schon jetzt eine einheitliche Verwaltung für das ganze Hafengebiet geschaffen worden ist, wenn man schon den Grundsatz ausgesprochen hat, „daß die Hafengebiete von Hamburg, Harburg-Wilhelmsburg und Altona so zu verwalten und auszubauen seien, daß für die Wirtschaft ein einheitlicher Gesamthafen entsteht". Aber auch hier war es besser, erst den Schritt vor dem Sprunge zu machen und erst auf dem Verwaltungswege die Häfen durch grundsätzlich gleiche Ausgestaltung der Hafentarife, durch einheitliche Hafenordnung und den Wegfall doppelter Hafengelderhebung aufeinander abzustimmen. Für die erst neu auszubauenden Gebiete hat man allerdings schon jetzt die Gemeinschaftsarbeit vorgesehen. Das von Preußen z. B. aufgeschlossene Hafengebiet von Kattwyk-Hoheschaar soll zusammen mit Neuhof nunmehr von Hamburg und Preußen in einer gemeinsamen Gesellschaft, einer Hafengemeinschaft, in der beide zu gleichen Teilen vertreten sind, gemeinsam ausgebaut werden.

Um nicht neben die bestehenden drei Hafenverwaltungen durch den Gemeinschaftshafen noch eine vierte Verwaltung zu setzen, ist vorgesehen, daß der Vorstand der Hafengemeinschaft gebildet werden soll von Beamten des Hamburger wie Harburger Hafens, eine Personalunion, die schon an sich eine Zusammenarbeit aller Häfen verbürgt. Damit die enge Verbindung zwischen der Hafengemeinschaft und dem alten Hamburger Hafen auf alle Fälle gesichert wird, ist Preußen Hamburg darin entgegengekommen, zum Vorsitzenden der Hafengemeinschaft, der bei Stimmengleichheit den Ausschlag gibt, eine mit den Hamburger Wirtschaftsverhältnissen besonders vertraute Persönlichkeit zu benennen.

Auch der Bau weiterer Hafenabschnitte in den Gebieten westlich der Linie Köhlfleet—Süderelbe—östlich Landesgrenze Moorburg wird von der Hafengemeinschaft übernommen werden. Damit soll dem Hamburger Hafen die für seine verkehrswirtschaftliche Entwicklung notwendige Bewegungsfreiheit und Ausdehnungsmöglichkeit sichergestellt werden. — Diese Lösungen haben neben weitgehender Zustimmung naturgemäß auch ihre Kritik erfahren. Unverständlich ist es aber, wenn gesagt wird, daß Hamburg in der neuen Hafengemeinschaft nur die Rolle eines Bauarbeiters für die preußischen Gebiete spiele. Kommt denn nicht der Nutzen dieses Ausbaues in erster Linie dem Handels- und Wirtschaftszentrum Hamburg zugute? Auf der anderen Seite sind auch die kritischen Urteile in Preußen unberechtigt, die nicht verstehen wollen, daß Hamburg bei der Entwicklung der Hafenanlagen auf preußischem Gebiete einen wirtschaftlich berechtigten Einfluß erhalten muß. Denn Hamburg ist nun einmal die Seele dieses Gebiets und gibt auch den anderen Teilen die wirtschaftliche Durchblutung. Wer die volkswirtschaftliche Notwendigkeit anerkennt, diesen großen Welthafen einheitlich auszubauen, muß gleichzeitig die gemeinschaftliche Entwicklung wollen, sei es auch um den Preis des Opfers alleinigen, selbständigen Vorgehens.

Eng verbunden mit den Bauanlagen des Hafens sind die städtebaulichen und die Siedlungspläne des gesamten Gebiets. Das Gegeneinanderarbeiten muß auch hier schnell überwunden werden. Siedlungsbauten dürfen künftig die notwendige Ausdehnung von Hafenanlagen nicht mehr behindern. Andererseits sind die Wohnungsgelegenheiten in den richtigen Zusammenhang mit der Arbeitsstätte zu bringen. Auch der modernen Verkehrstechnik ist bei den Wegeanlagen Rechnung zu tragen. Für die Bearbeitung aller dieser Pläne ist eine Landesplanungskommission von acht preußischen und acht hamburgischen Mitgliedern eingesetzt worden, welche für das gesamte Unterelbegebiet einen Bebauungsentwurf aufstellen soll. Persönlichkeiten wie die Professoren Brix und Schumacher und der Altonaer Senator Olsner sollen ihm angehören. Das Besondere dieser Kommission ist, daß sie zumeist aus örtlichen Vertretern der verschiedenen Gebiete besteht und dadurch im besten Sinne des Wortes eine Arbeitsgemeinschaft der Selbstverwaltungskörper darstellt.



Petersen, Präsident des Hamburger Senats
Phot.: Transocean G. m. b. H.

Ebenso sind hinsichtlich der Verkehrsfragen Abmachungen zustandegekommen, die einerseits die kleinen, aber für die Bevölkerung um so drückenderen Hemmnisse abschaffen und andererseits der Schaffung eines einheitlichen Verkehrsnetzes dienen werden. Ein einheitlicher Autodroschkentarif ist nunmehr für Hamburg-Altona und Wandsbek durchgeführt. Die Autodroschken werden nicht mehr wie bisher leer von Hamburg nach Altona oder umgekehrt zurückfahren müssen, sondern Fahrgäste in allen Teilen des Gebiets aufnehmen dürfen. Auch die Heranführung der Altonaer Kraftverkehrslinien an die Hamburger Hochbahn ist von Hamburg gestattet worden. Dieses Entgegenkommen Hamburgs hat, wenn es auch nur auf kleineren Gebieten liegt, für die Verhandlungen eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen, die notwendig war für den raschen Verlauf auch der übrigen Verhandlungen.

Auch auf dem Gebiet der Verwaltungsvereinfachung sind einzelne Maßnahmen bereits ergriffen. So hat Preußen Hamburg auf dem Gebiete der Polizei und der Wasserpolizei Zugeständnisse gemacht, die auf eine immer engere Zusammenarbeit verwaltungsmäßiger Art hinzielen.

So ist mit diesem Vertrag des „als ob" von den Staatschefs Braun und Petersen der Grundstein für das einheitliche Wirtschaftsgebiet Unterelbe gelegt und die Voraussetzung geschaffen worden für die gedeihliche Gesamtentwicklung eines großen deutschen Welthafens.

Hamburg.

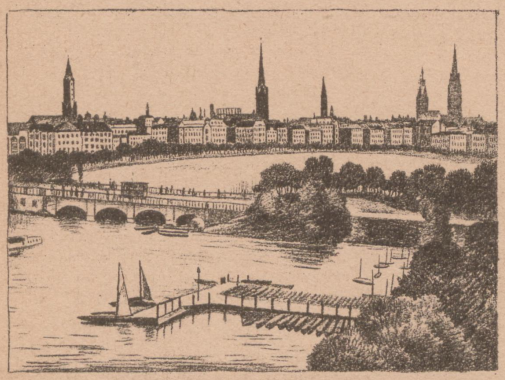
Von Senatsrat Zinn, Hamburg.

Wuchtig und übersichtlich ordnet sich das Stadtbild Hamburgs dem schauenden Auge:

Am Strom von den östlichen Ausläufern der Wohnstadt bis Blankenese gegenüber das Gewirr der Hafenbecken und Kanäle mit Kaimauern und Schuppen und Kränen, mit Helligen und Docks, belebt von Booten und Barkassen, Fähren und Schleppern und den Giganten des Ozeans. Die Sprachen aller Völker, die Güter aller Länder zieht der Hafen mit der Gewalt eines Weltmagneten an sich. Er ist so sehr der Mittelpunkt der Arbeit wie des ganzen Lebens dieser Stadt, daß man sagen kann, andere Orte haben einen Hafen, Hamburg aber ist ein Hafen.

Hinter der Speicherstadt dehnt sich die City um Börse und Rathaus mit ihren hellen, breiten Straßen und den ragenden Klinkerbauten der Kontorhäuser. Zweckbewußt und herb und doch schön in ihrer Sachlichkeit ragen sie in den Himmel. So wurde das Chilehaus Deutschland und der Welt ein Zeuge unseres Lebenswillens, so haben sich ihm zugesellt Sprinkenhof und Mohlenhof, um nur die allergrößten zu nennen, die bis 1500 Kontore umfassen. Längst

haben diese gewaltigen Bauwerke die Schiffe der Kirchen überragt, schon wetteifern sie mit deren Türmen. Aber zu den Füßen St. Katharinens, St. Nikolais und St. Michaelis kauern sich die alten Fachwerkbauten des 17. Jahrhunderts und die Kaufmannshäuser aus einer Zeit, in der sich Speicher, Kontor und Wohnstätte noch unter einem Dach bargen. Schmale Wasserarme, die Fleete, durchziehen dies Gebiet und zaubern mitten in das lärmende Treiben der Weltstadt das romantische Bild einer mittelalterlichen Handelsstadt. Gewordenes neben Werdendem und Zünftigem.



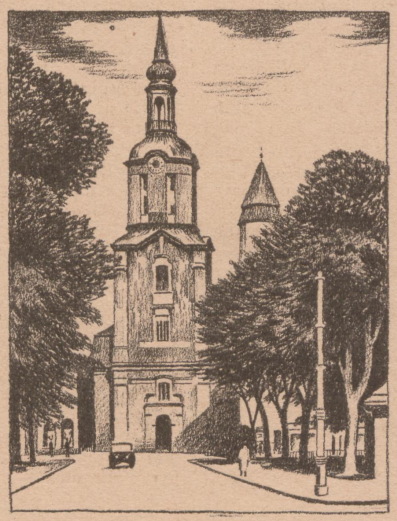
Lombardsbrücke und Außenalster

Und plötzlich bricht das laute und hastende Leben der Arbeit ab. Die weite Fläche der Alster dehnt sich vor den Füßen und erschließt Ruhe und Erholung und leitet über in die Wohngebiete. Wohl führen noch breite Kanäle hier und dort von der Elbe weg in die Stadt hinein zu geschlossenem Industriegelände. Aber das kann den einheitlichen Charakter der Wohnviertel nicht stören, die sich rechts und links der Alster erstrecken. Kaum eine Straße ohne Baumreihen. Nur wenige Viertel, denen nicht Grünanlagen, Parke und Spielplätze Mittelpunkte geselligen Lebens in der Natur schenken. Wie in der City ist auch hier der niederdeutsche Backstein wieder zur Herrschaft gelangt, in den neuen Wohnhausbauten im Norden und Osten der Stadt, in den vielen neuen Schulen und modernen öffentlichen Gebäuden.

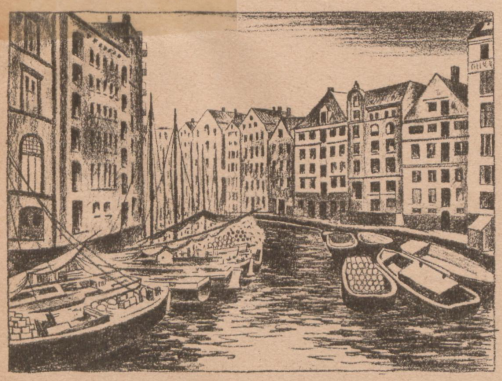
So bergen sich auch heute unter der dreitürmigen Burg des Stadtwappens Speicherstadt, Kontorhäuser und Wohnblöcke wie vormals der Speicher am Fleet mit Kontorraum und Wohnung nach der Straße unter dem Dach des Kaufmannshauses und das ganze Leben in ihr wie in der Fluchtburg von ehedem.

*

Lust am Abenteuer, Freude des Entdeckens, Beharrlichkeit im Erstreben war und ist diese niederdeutsche Art. Grauer Himmel vom Spätherbst bis zum Frühjahr lockt nicht zum Müßigsein, und der währende Kampf gegen Sturm und Fluten prägte das Wesen des Menschen am Strom und Meer ernst und verschlossen, aber schenkte ihm auch vielleicht sein Bestes, die Sehnsucht nach der Ferne, den Drang in die Weite. So wurden die Schiffe entsandt nach Holland, nach Skandinavien, dann nach England und Island und in das Mittelländische Meer. Dann folgten der schwarze Erdteil und der ferne Osten, darauf Nordamerika und dann der Süden. Aus dem niederdeutschen Küstenfahrer wurde der deutsche Seemann und aus dem niederdeutschen Händler der hanseatische Handelsherr und aus ihm der deutsche Kaufmann, der die Länder und Völker kennt wie kein anderer, der sich der Verpflichtungen bewußt ist, die von Volk zu Volk bestehen und die erfüllt werden müssen, wenn Segen auf der Arbeit ruhen soll.

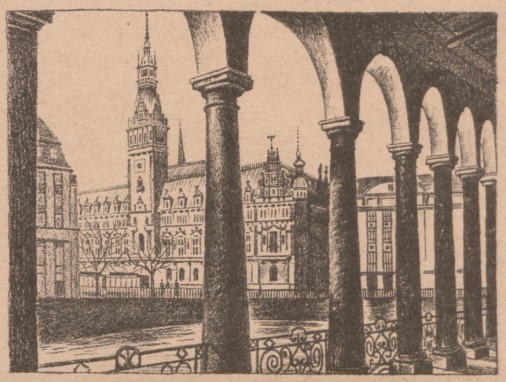


St.-Georgen-Kirche



Reimersfleet

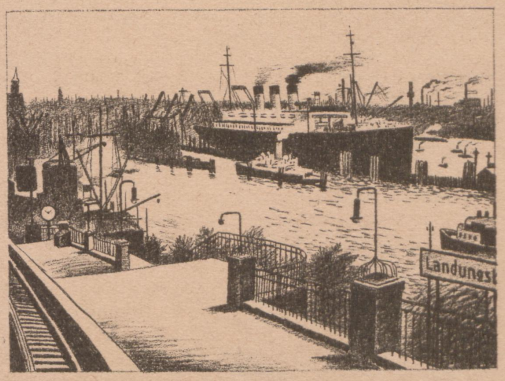
Die Tore seines Hauses und seiner Stadt öffnete er so willig, wie er es auch in fremden Ländern für sich erwartete. — Englische Kaufleute, Hugenotten, Holländer, portugiesische Juden fanden in Hamburg eine neue Heimat. Hansestadt und Freie Stadt klingen zusammen im Namen Hamburgs. — Festgegründet auf niederdeutschem Heimatboden und doch von Weltweite erfüllt, dem Meere geschworen und Kontingenten zu dienen bestellt, wuchs Hamburg empor zu Deutschlands größtem Hafen, dessen Flotte mehr als die Hälfte der deutschen Handelsflotte ausmacht, und über den heute mehr als die Hälfte des gesamtdeutschen seewärtigen Außenhandels geht.



Blick auf das Rathaus

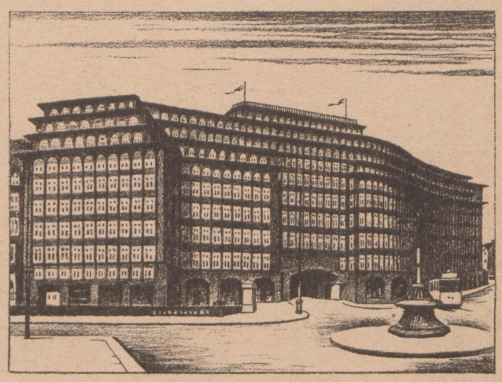
Die Einheitlichkeit des wirtschaftlichen Lebens, die sich auf den Hafen gründet, kommt aber nicht nur in seinen Anlagen und in der City zum Ausdruck, sondern ebenso in der Industrie Hamburgs. Da sind zunächst die Werften mit allen ihren Hilfsbetrieben zu nennen. Dann die Schiffsausrüstungsbetriebe, die Proviantfabriken. Dann die Industriezweige, die Rohstoffe aus dem Ausland beziehen und als Fertigfabrikate wieder dorthin ausführen und deshalb zur Transportvermeidung oder um den Zoll zu sparen, im Freihafen oder dessen unmittelbarer Nähe angesiedelt sind. Mineralölindustrie, Hüttenwerke, Parfümeriefabriken, Kaffeebearbeitungsanlagen gehören hierher. Eine andere Gruppe sind diejenigen Werke, die Materialien verwenden mit großem Gewichtsverlust, so daß sie ebenfalls aus Transportersparungsgründen im Hafen oder seiner unmittelbaren Nähe ihren Standort haben, wie Kautschukwerke und Betriebe zur Herstellung pflanzlicher Fette und Öle.

Wie im Stadtbild drückt sich auch im wirtschaftlichen Leben die Geschlossenheit des Gemeinwesens aus. Es wäre merkwürdig, wenn es nicht auch im politischen und sozialen Leben der Fall wäre. Nicht nur, daß die Erfordernisse des Hafens so sehr Allgemeingut sind, daß über sie Meinungsverschiedenheiten nur selten sind, nicht nur, daß wegen der Verflechtung so vieler Dinge mit dem Hafen auch bei ihnen Gegensätzlichkeiten nicht so häufig auftauchen oder leichter zu überbrücken sind als andernorts, ist die Überzeugung, daß das Gemeinwesen eine Sache aller, eine Respublica sei, tief verwurzelt seit Jahrhunderten. Das Laienelement in den Verwaltungsbehörden, in dieser Form nur noch vorhanden in den Schwesterstädten Bremen und Lübeck, ist altes hanseatisches Erbgut. Und auch die wie in kaum einer anderen Stadt vielfältigen sozialen und fürsorgerischen Einrichtungen haben ihre Wurzel in jenem Gemeinsinn, der der Sache aller freudig zu dienen bereit ist.



Ein Teil des Hafens

Hanseatisch muß diese Stadt auch sein in den Bezirken des Geistes und der Kunst. Die Universität ist gerichtet auf die Welt. Tropeninstitut, Weltwirtschaftsarchiv, Ibero-amerikanisches Institut, Institut für auswärtige Politik, um nur einige zu nennen, sowie die Tatsache, daß an ihr alle fremden Sprachen einschließlich der Afrikas und Asiens gelehrt werden, zeugen davon ebenso wie ein reichhaltiges öffentliches Vorlesungswesen. Und es versteht sich von selbst, daß es neben einem Museum für Völkerkunde ein solches für hamburgische Geschichte gibt.



Das Chilehaus

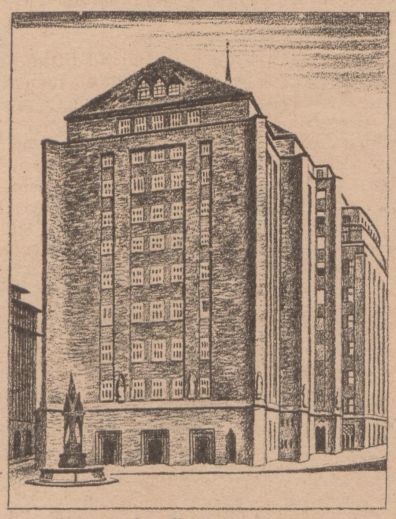
Als Holbein für die Kaufleute des Stahlhofes in London sein wundervolles Bild des Kaufmanns Gize schuf, stellte er auf den Arbeitstisch des Kaufherrn eine Nelke in einer zarten venezianischen Vase. Auch in Hamburg hat man über Schiffspapieren und Kontobüchern die Kunst nicht vergessen. Aber was sich ehemals in den Häusern der Kaufherren barg, drängte hinaus und hinein in das Volk. War früher Träger der Res publica ein verhältnismäßig kleiner Kreis, so sind es heute in Wahrheit alle. Dem hat der jetzige Leiter der Kunsthalle, die aus einer Sammlung vorwiegend hamburgischer Malerei zu einem auf hamburgischer Eigenart beruhenden Museum einer Weltstadt wurde, einmal dahin Ausdruck gegeben, daß ein Museum unserer Zeit ein Volkshaus der Kunst sei. Und das gleiche gilt von dem Museum für Kunst und Gewerbe. Das Wirken aber der Gründer beider Museen — Alfred Lichtwarks und Justus Brinckmanns — konnte vielleicht nur von Hamburg ausgehen. Und mußte nicht gerade die Kunst, die wie kaum eine andere nur aus tiefer heimatlicher Verbundenheit erwachsen kann, aber dann auch wie keine über Heimat und Volk hinauswächst, mußte nicht die Musik hier eine gute Pflegestätte finden? Die erste deutsche Oper im 17. Jahrhundert war in Hamburg, und Stadttheater und Philharmonisches Orchester, die sich eines guten Rufes über Deutschland hinaus erfreuen, blicken auf eine hundertjährige Geschichte zurück und gehören damit auch zu den ältesten im Reich.

Wenn aber in diesen Tagen der Entdecker des Hamburger Hafens für die Malerei, Graf Kalckreuth, seine Augen geschlossen hat, so erinnert auch das daran, wie sehr die Malerei Hamburgs Richtung und Formgebung vom Hafen empfangen hat. Und endlich bilden auch in den Werken der jungen hamburgischen Dichtergeneration, wie ehedem in denen Liliencrons und Dehmels, der Kampf mit Wind und Wellen, Fahrten und Taten in fernen Ländern die vorherrschenden Motive.

*

So sehen wir, daß die Geschlossenheit des Stadtbildes nur ein Ausdruck der inneren Geschlossenheit des gesamten Lebens Hamburgs und daß der Schlüssel zu seinem Verständnis der Hafen ist.

Deshalb nimmt es nicht wunder, daß neue Epochen des Aufschwungs der Stadt auch immer von den Entwicklungsstadien des Hafens ausgelöst wurden. So war es zur Zeit der Hanse, so nach den napoleonischen Wirren, so bei Beginn der planmäßigen Hafenerweiterung in den siebziger Jahren, so bei dem Zollanschluß und so wieder nach Beendigung des großen Krieges. Möge auch die jetzt begründete Arbeitsgemeinschaft Hamburgs mit seinem großen Nachbarn Preußen eine neue glückliche Epoche für Hamburg und das ganze Unterelbegebiet einleiten. Das ist ein aus gutem Hamburger Herzen kommender Wunsch und zugleich eine deutsche Hoffnung.



Das Ballinhaus



Lederers Bismarckdenkmal

Ein Tag des Reichspräsidenten.

Von Ministerialdirektor Dr. von Hagenow.

Der Reichspräsident ist das Oberhaupt des Deutschen Reiches, er wird vom ganzen deutschen Volke auf sieben Jahre gewählt und ist mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet. Im Gegensatz zum Präsidenten der französischen Republik, der von den vereinigten Kammern gewählt wird, nimmt der Deutsche Reichspräsident eine freiere Stellung ein, allerdings nicht so frei und machtvoll wie der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der seine Amtsbefugnisse fast unabhängig vom Parlament ausübt. Zwischen dem Deutschen Reichspräsidenten und dem Reichstag steht nämlich gewissermaßen als Bindeglied die Reichsregierung, so daß der Reichspräsident verpflichtet ist, auf die Stimmung der Mehrheit des Reichstags Rücksicht zu nehmen. Dies zeigt sich vor allem bei der Ernennung des Reichskanzlers und der Reichsminister, da diese zur Führung ihres Amtes des Vertrauens des Reichstags bedürfen.

Der Reichspräsident übt völkerrechtliche und staatsrechtliche Funktionen aus. Er ist Staatsoberhaupt im völkerrechtlichen Sinne, er vertritt Deutschland gegenüber den anderen Staaten, schließt im Namen des Reiches Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten ab. Er beglaubigt und empfängt die Vertreter der fremden Länder, nämlich die Botschafter und Gesandten.

Auf dem Gebiete der inneren Politik stehen dem Reichspräsidenten weitgehende Rechte zu. Er ernennt und verabschiedet den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister. Dieses Recht erfährt allerdings durch die parlamentarische Regierungsform eine erhebliche Einschränkung. Der Reichspräsident ernennt und entläßt die Reichsbeamten und Offiziere. Er fertigt durch Unterzeichnung die verfassungsmäßig zustandegekommenen Gesetze aus und verkündet sie im Reichsgesetzblatt. Er kann den Reichstag auflösen, gleichfalls auch seine vorzeitige Einberufung verlangen. Er ist berechtigt, an den Sitzungen der Reichsregierung mit beratender Stimme teilzunehmen sowie von dem Reichskanzler oder den Ministern Berichterstattung über den Gang der Regierungsgeschäfte zu fordern. Er kann unter bestimmten Voraussetzungen einen Volksentscheid über einen Gesetzentwurf herbeiführen. Er führt den Ober-

befehl über die gesamte Wehrmacht, über Reichsheer und Marine. Er kann den Ausnahmezustand verhängen, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet wird, er kann gegen deutsche Länder, die gegenüber dem Reich ihre Pflichten nicht erfüllen, Reichsexekution anordnen. Er übt das Begnadigungsrecht für das Reich aus, soweit Strafurteile eines Gerichtes des Reiches in Frage kommen, er hat in einem gewissen Umfange ein Verordnungsrecht, er vollstreckt die in Verfassungsstreitigkeiten ergangenen Urteile des Staatsgerichtshofes.



Der Reichspräsident im Garten.

Alle Anordnungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister; trotzdem ist für den Gang der Staatsgeschäfte der Einfluß des Reichspräsidenten überaus stark und bedeutungsvoll.

Nach den dem Reichspräsidenten zugewiesenen Aufgaben beschäftigen den Herrn Reichspräsidenten in seiner Tagesarbeit vor allem zwei wichtige Fragen: „der Gang der äußeren Politik und die innere Lage".

Die Arbeitsstätte des Reichspräsidenten befindet sich in der Wilhelmstraße 73 in Berlin. Vor dem Hauptportal steht die Ehrenwache des Präsidenten, zwei Soldaten der Reichswehr. Das Haus selbst mit zwei Seitenflügeln ist Mitte des 18. Jahrhunderts im Stile der französischen Adelshotels erbaut worden. Es hat im Laufe der Jahrzehnte wiederholt seine Eigentümer gewechselt. Im Jahre 1919 ist das Palais vom Reiche erworben und zum Sitz des Reichspräsidenten bestimmt worden.



Reichspräsidentenhaus, Straßenseite

Betritt man die große Vorhalle des Hauses, so fällt einem sofort auf einem Tischchen links ein großes dickes Buch auf, in das die zahlreichen deutschen und ausländischen Besucher ihre Namen eintragen. Rechts der Vorhalle befindet sich die Treppe, über die man in die im ersten Stockwerk gelegenen Repräsentationsräume gelangt. Hier liegt auch der große Festsaal, hoch und weit, im Stile schon vom Barock zur neuklassischen Richtung übergehend. Die Decke ist mit Gemälden von Bode verziert. — Die Zimmer im Erdgeschoß gehören zum eigentlichen Arbeitsbereich des Reichspräsidenten; hinter der Vorhalle das Verandazimmer, durch das man auf den Balkon und in den herrlichen Park gelangt, neben dem Verandazimmer links ein Vorzimmer, in dem die Besucher auf den Einlaß zum Reichspräsidenten warten, daneben das Arbeitszimmer des Reichspräsidenten. Seine Einrichtung besteht aus schweren, dunklen Möbeln, an der Hinterwand ein breiter Bücherschrank. An der Fensterseite steht der große schwere Schreibtisch, in seiner Nähe eine Büste von Scipio Africanus. An den Wänden befinden sich verschiedene Gemälde. Zunächst ein Kopfbild Bismarcks, das den Altreichskanzler im großen Schlapphut zeigt, sodann ein Blücherbild, ferner das bekannte Bild „Schwerins Soldatentod", weiterhin das Gemälde von Fritz Werner „Marketenderin zwischen den Regimentern Dessau und Bayreuth", schließlich der „Todesritt von Gravelotte".

Wenn man das Arbeitszimmer des Reichspräsidenten betritt und einen Blick auf den großen Arbeitstisch wirft, fällt einem sofort ein schlichter Holzrahmen mit einem vergilbten Papier auf. Auf diesem Papier stehen in großen lateinischen Buchstaben die Worte „Ora et labora", Bete und arbeite. Dieses Papier hat unser Reichspräsident von seinem Vater geerbt, eins der wenigen Stücke, die er aus seinem Hause in Hannover nach Berlin mitgenommen hat. Der Spruch „Bete und arbeite" legt ein klares Bekenntnis treuer, gottvertrauender Pflichterfüllung an den Tag, unter ihm vollzieht sich die Arbeit unseres Reichspräsidenten.



Reichspräsidentenhaus, Gartenseite

Was die Tagesarbeit selbst angeht, so steht der Reichspräsident in frühen Morgenstunden auf. Bei gutem Wetter unternimmt er, ein Freund der Natur, regelmäßig um 8 Uhr in dem großen Garten hinter dem Präsidentenpalais einen längeren Morgenspaziergang. Hierbei kommt es zuweilen vor, daß er sich an kleinen Spielen seiner Enkelkinder beteiligt. Bei regnerischem Wetter läßt er sich auf seiner Gartenveranda nieder, um von hier aus die frische Morgenluft zu genießen. Sodann begibt sich der Reichspräsident in sein Arbeitszimmer, an den Schreibtisch, um die eigentliche Tagesarbeit aufzunehmen.

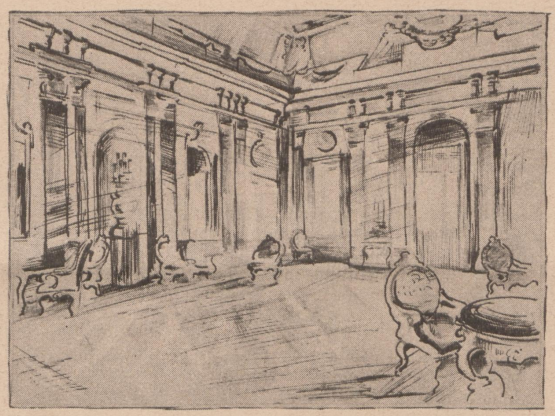
Das Bureau hat inzwischen die eingelaufenen Schreiben geordnet und die wichtigsten Eingänge dem Staatssekretär Dr. Meißner, der seit Jahren das Bureau des Reichspräsidenten leitet, vorgelegt. Dieser erscheint täglich beim Glockenschlag 10 beim Reichspräsidenten zum ersten Vortrag. Er unterrichtet ihn über die innen- und außenpolitische Lage, über Kabinettssitzungen und Ministerbesprechungen, über die wichtigsten Eingänge und holt zu Fragen grundsätzlicher Art die Entscheidung des Reichspräsidenten ein. Unter den dem Reichspräsidenten vorzutragenden Schriftstücken befinden sich Berichte der deutschen Vertreter im Ausland über wichtige Angelegenheiten der Außenpolitik. Diese Berichte unterzieht der Reichspräsident stets einem eingehenden Studium. Da berichtet z. B. der Botschafter in Paris über ein Gespräch mit einem französischen Minister, da berichtet der Botschafter in Rom über die Entwicklung in Italien, da liegt ein Bericht aus Genf vor über den Stand der Verhandlungen im Völkerbund. Neben den Fragen der Außenpolitik läßt sich der Reichspräsident über die Fragen der inneren Politik unterrichten,



Im Garten des Präsidentenhauses

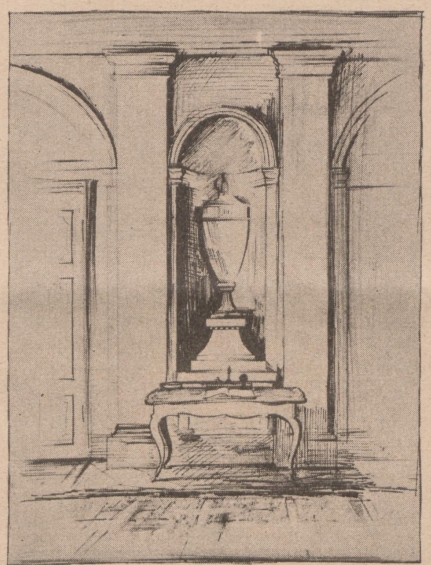
soweit sie gerade die deutsche Öffentlichkeit beschäftigen. Hierbei werden finanzpolitische, sozialpolitische und allgemein innenpolitische Fragen eingehend erörtert. Anläßlich des Geburtstages einer bedeutenden Persönlichkeit wird die Absendung eines Glückwunschtelegramms besprochen. Liegt der Todesfall einer im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeit oder ein größerer die Allgemeinheit berührender Unglücksfall vor, so wird die Frage der Absendung eines Beileidstelegramms erwogen.

Unter den Schriftstücken, die der Staatssekretär Meißner dem Reichspräsidenten vorlegt, befinden sich vom Reichstag verabschiedete Gesetze, die der Reichspräsident zur Verkündung vollziehen soll, weiterhin Gesuche von Organisationen, Bittschriften einzelner Persönlichkeiten sowie Gesuche um Übernahme von Patenschaften. Daß mitunter originelle Schreiben eingehen, darf ich kurz streifen. Da fragt z. B. ein Mädchen aus Amerika an, ob es Putzmädchen beim Reichspräsidenten werden könne. Da findet sich ein Brief eines Knaben aus Kiel, der sich danach erkundigt, wie man Generalfeldmarschall werden kann, da schreibt ein Mädchen von 13 Jahren an den Reichspräsidenten, „ich hoffe, Sie bleiben als Reichspräsident tapfer und gesund". Da fragt ein bayerischer Bauer an, ob der Reichspräsident ihn nicht mal besuchen könne. Da fragt die 2. Klasse einer deutschen Schule im fernen Ausland an, ob der Reichspräsident sein Bild für das Klassenzimmer schicken könne.



Der Kongreßsaal im Präsidentenhaus

An den umfangreichen Vortrag des Staatssekretärs Dr. Meißner schließt sich der Vortrag des Leiters der Presseabteilung der Reichsregierung, des Ministerialdirektors Dr. Zechlin, an. An der Hand der Zeitungen aller Parteirichtungen unterrichtet er den Herrn Reichspräsidenten über die äußeren und inneren Vorgänge. Auch die Stimmen der ausländischen Blätter werden dem Herrn Reichspräsidenten unterbreitet. Auf diese Weise erhält der Reichspräsident einen Überblick über die Haltung der gesamten deutschen Presse, ein Bild von den Strömungen der öffentlichen Meinung. — Im Anschluß an diese beiden Vorträge beginnen die Tagesempfänge. Es erscheint der Reichskanzler oder ein Reichsminister, um die Haltung der Regierung in einer entscheidenden Frage darzulegen oder sonstwie in einer wichtigen Frage Bericht zu erstatten. Es finden Empfänge von Deputationen statt, die den Wunsch haben, ihre Sorgen und Schmerzen dem Reichspräsidenten zu schildern.



Das Buch der Gäste

An manchen Tagen nimmt der Reichspräsident gegen 12 Uhr mittags das Beglaubigungsschreiben eines neu angekommenen Botschafters oder Gesandten einer fremden Macht entgegen. Zu diesem Zweck findet ein feierlicher, aber schlichter Empfang statt. Bei der Vorfahrt des Vertreters der fremden Macht präsentiert der Doppelposten, handelt es sich um einen Botschafter, so wird eine Ehrenkompanie aufgestellt, die die Ehrenbezeugungen zu erweisen hat. Am Eingang des Palais wird der Botschafter oder Gesandte von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes empfangen und in den Empfangssaal geleitet. Dort erwartet der Reichspräsident, umgeben vom Reichsminister des Auswärtigen und Staatssekretär Meißner, den Diplomaten. Mit einer kleinen Ansprache legt dieser das Beglaubigungsschreiben in die Hände des Reichspräsidenten, der mit wenigen Worten den Vertreter der fremden Macht begrüßt. Nach Beendigung des offiziellen Empfanges führt der Reichspräsident noch ein Gespräch mit dem Diplomaten, wobei die Beziehungen der beiden Staaten zueinander berührt werden.

Mitunter findet unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten in den Vormittags- oder Nachmittagsstunden eine Sitzung der Reichsregierung statt, sofern hochpolitische Fragen zur Erörterung stehen, die die Anwesenheit des Reichspräsidenten geboten erscheinen lassen. Besonders schwere Arbeitstage kommen, wenn eine Kabinettskrise ausgebrochen und eine neue Reichsregierung zu bilden ist. Da es Aufgabe des Reichspräsidenten ist, für die Bildung einer Regierung zu sorgen, hat er in dieser Zeit mit den Führern der politischen Parteien des Reichstages umfangreiche Gespräche zu führen, um ein genaues Bild über die politische Lage zu gewinnen und hiernach seine Entscheidung zu treffen. Diese Fühlungnahme ist geboten, weil die Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürfen. Bei den schwierigen politischen Parteiverhältnissen in Deutschland ist es mitunter nicht leicht, die Verhandlungen über eine Regierungsbildung zu einem glücklichen Abschluß zu bringen.

Zum Mittagessen, bei dem es nach der ganzen Einstellung unseres Reichspräsidenten einfach zugeht, zieht der Reichspräsident häufig leitende Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland zu, um mit ihnen im geselligen Zusammensein bestimmte Fragen zu besprechen. Hierbei darf erwähnt werden, daß der Reichspräsident mehrmals im Jahre umfangreiche Festlichkeiten veranstaltet, die im Sommer bei schönem Wetter im Garten, im Winter in den Repräsentationsräumen stattfinden.

In den Nachmittagsstunden hält der Reichspräsident meistens kleine Empfänge ab. Eilige Sachen, die keinen Aufschub vertragen, sowie eingehende Telegramme gelangen zur Erledigung. In den Spätnachmittagsstunden unternimmt der Reichspräsident, soweit er nicht anderweit in Anspruch genommen wird, nochmals einen Spaziergang durch den Park. In den Abendstunden nimmt der Reichspräsident in der Regel nochmals den Vortrag des Staatssekretärs Dr. Meißner entgegen. Um ½8 Uhr speist er regelmäßig zu Abend. Die Abendstunden werden vielfach durch dienstliche Besprechungen, Lesen amtlicher Schriftstücke oder gesellschaftliche Verpflichtungen ausgefüllt. Im übrigen widmet der Reichspräsident den Abend gern seiner Familie, zu der sich oft besuchsweise andere Familienangehörige gesellen. Bekanntlich wohnt der Herr Reichspräsident mit seinem Sohn, dem Major Oskar von Hindenburg, und seiner Schwiegertochter zusammen. Während der Sohn als persönlicher Adjutant den Vater unterstützt, sieht die Schwiegertochter dem Haushalt des Reichspräsidenten vor und übt mit besonderer Umsicht die ihr obliegenden Repräsentationspflichten aus.



Das Arbeitszimmer des Präsidenten

Gegen 11 Uhr zieht sich der Reichspräsident meistens zurück, um sich nach schweren arbeitsreichen Stunden von der verantwortungsvollen Tagesarbeit auszuruhen.

Erwähnt mag noch sein, daß unser Reichspräsident neben seiner äußeren Ruhe auch echten Humor besitzt. So hat z. B. ein Besucher ihm

die Frage vorgelegt, was er eigentlich mache, wenn er nervös werde. Die Antwort des Reichspräsidenten lautete: „Dann pfeife ich rasch etwas." Als der Besucher erwiderte, daß man ihn aber noch niemals habe pfeifen hören, antwortete der Reichspräsident mit einem Lächeln: „Ich mich auch nicht." Bei der Übernahme seines Amtes hat der Herr Reichspräsident vor dem Reichstag den Eid geleistet, daß er seine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, seine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. Getreu diesem Schwur verrichtet der Reichspräsident zum Segen des gesamten deutschen Volkes in aufopferungsvoller Pflichterfüllung und Treue zum Vaterland seine Arbeit. Hierbei ist für ihn nur der eine Gedanke entscheidend: die Pflege der deutschen Einheit und Einigkeit.



Staatssekretär Dr. Meißner

Dieser Gedanke eines einigen Deutschlands findet in der Person unseres allverehrten Herrn Reichspräsidenten eine sinnbildliche Verkörperung. Sein ganzes Handeln steht unter den von ihm selbst ausgesprochenen Worten: Jedes Streben, jedes Schaffen soll beseelt sein von dem Gedanken „Alles für das Vaterland".



Ministerialdirektor Dr. Zechlin, Reichspressechef

Neues Minderheitenrecht in Preußen.

Von Dr. Herbert Weichmann, Regierungsrat.

Die preußische Regierung hat dem Staatsrat soeben zwei Verordnungen vorgelegt, die sich mit der Regelung des polnischen und des dänischen Schulwesens in Preußen befassen. Der Staatsrat hat diesen Verordnungen mit großer Mehrheit zugestimmt, und ihr amtlicher Erlaß steht unmittelbar zu erwarten. Es ist der Sinn dieser Ordnungen, der polnischen und der dänischen Minderheit in Deutschland das Recht zuzuerkennen, in eigenen Schulen ihre kulturellen Volksinteressen zu wahren.

Es mag im ersten Augenblick vielleicht sonderbar erscheinen, daß gerade in Deutschland, das einen Teil wertvollsten Landes an Dänemark und insbesondere an Polen auf die schmerzlichste Weise verlieren mußte, den Angehörigen, die sich zum Kulturkreise dieser Nationen bekennen, in einer so großzügigen und liberalen Weise das Recht zugestanden wird, auch noch in den verkleinerten deutschen Grenzen ihrer besonderen nationalen Eigenart nachzugehen. Es mag insbesondere die Besorgnis auftauchen, daß durch die Einrichtung von Minderheitenschulen in den Grenzprovinzen Herde nationaler Agitation zur Entstehung kommen können, die die ohnedies bedrängte Lage der Grenzprovinzen noch weiterhin erschweren würden. Gewiß sind die Besorgnisse auch nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, aber eine Betrachtung der getroffenen Regelung in einem größeren Rahmen läßt diese Maßnahmen der preußischen Regierung doch gerechtfertigt erscheinen.

Es sind vier Bestimmungen in den getroffenen Verordnungen, die von besonderer grundsätzlicher Bedeutung sind, und die dem jetzt geschaffenen Minderheitenrecht seine Prägung geben.

An der Spitze steht zunächst der Grundsatz **„Minderheit ist, wer will"**. Es ist hiermit ausgedrückt, daß es einem jeden deutschen Staatsbürger, der sich zu einer Minderheit bekennen will, freisteht, dieses Bekenntnis auch nach eigenem Ermessen abzulegen. Seine Zugehörigkeit wird nicht von bestimmten Abstammungsprinzipien oder von der Aufnahme in einen nationalen Kataster abhängig erachtet, sie ist ausschließlich in seine eigene nicht nachzuprüfende Entscheidung gestellt.

Mit dieser Regelung ist die preußische Regierung bewußt abgewichen von den Grundsätzen, die der Haager Schiedsgerichtshof in der Auslegung der Genfer Konvention für Oberschlesien gegeben hat. Der Haager Schiedsgerichtshof hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Zugehörigkeit zu einer Minderheit der „situation du fait", das heißt, der tatsächlichen Lage entsprechen müsse. Das aber gerade ist ein für die Praxis unhaltbarer Zustand. Die Erfahrungen der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien und in allen andern Ländern, in denen das Deutschtum um seine kulturelle Existenz zu kämpfen hat, haben gezeigt, daß mit einer derartigen Auffassung allen Verwaltungsschikanen Tür und Tor geöffnet ist. Die Auslandsdeutschen haben darum zur Stützung in ihrem Kampfe wiederholt lebhaft den Wunsch ausgesprochen, daß Deutschland ein Beispiel der Gerechtigkeit werden möge, das sie in ihrem schweren Kampfe unterstütze. Und man darf heute sagen, daß dieses Beispiel gegeben ist. In der Zeit, da durch Deutschland noch die Religionskämpfe wüteten, war es anfangs ein unerschütterlicher Grundsatz: „cuius regio, eius religio." Heute würde es niemandem mehr einfallen, der Landesgewalt auch das Recht zuzuerkennen, die Religionszugehörigkeit seiner Bürger zu bestimmen. Ganz im ähnlichen Sinne muß aber der heutigen Staatengestaltung nach auch der Grundsatz bis zu einem gewissen Grade als überholt gelten: „cuius regio, eius natio". Liegen der gegenwärtigen staatlichen Gestaltung nach verschiedene nationale Kulturen in einem Staatsverband, so muß diesen nationalen Kulturen auch ihr Lebensrecht verbürgt sein, sofern es sich nicht gerade staatsfeindlich gebärdet, ohne Unterschied, ob es sich um Deutsche in der Tschechoslowakei oder Jugoslawien, um Polen in Deutschland oder um irgendeine andere Minderheit neben einer anderen Mehrheit handelt. So rechtfertigt sich also der Grundsatz: „Minderheit ist, wer will", und es steht darum auch zu hoffen, daß dieser Grundsatz seine Anerkennung in allen heute noch rückständigen Staaten findet, mit dem Schwergewicht einer Idee, wie sie sich im Falle der Richtigkeit allen Grenzen zum Trotz noch immer in der Wirklichkeit durchgesetzt hat.

In der technischen Ausgestaltung sieht, um zum zweiten Gesichtspunkt der Ordnung zu kommen, die getroffene Regelung die unbeschränkte Einrichtung von Privatschulen vor, sofern nur ein regelmäßiger Schulbesuch der Kinder gewährleistet ist. Der Gedankengang war hier, daß es der Minderheit freistehen muß, auf ihre eigenen Kosten für die Pflege ihrer kulturellen Interessen im Wege der Schule Sorge tragen zu können, sofern man die Berechtigung dieser Pflege erst einmal anerkannte. Diese Bestimmung hat der preußischen Regierung gewiß sehr schwere Bedenken gekostet, und zwar mit Rücksicht auf sehr lebhafte Befürchtungen im Lande, die von einer solchen Bestimmung eben den Import einer hemmungslosen polnischen Agitation befürchteten. Man darf diesen Befürchtungen gegenüber jedoch auf gewisse Erfahrungen in Oberschlesien und auch in Schleswig-Holstein hinweisen, die gezeigt haben, daß gerade die liberale Behandlung der Minderheit dieser viel weniger Anlaß gibt, in einer nach außen betonten Art ihre nationale Zugehörigkeit hervorzukehren, als es die in der Vorkriegszeit geübten Methoden Bismarckscher Unterdrückungspolitik bewirkt haben. Die Zahl der ursprünglich vorhandenen Minderheitenschulen, besonders in Oberschlesien, ist in den letzten Jahren ständig in einem ganz beträchtlichem Maße zurückgegangen. Es mag dies darauf zurückzuführen sein, daß sich eben der Minderheitenangehörige in dem Maße wachsend als loyaler Staatsbürger empfunden hat, in dem ihm dieser Staat nicht feindselig, sondern anerkennend gegenübertrat.

Aus diesen gleichen Erwägungen konnte darum auch drittens in den Minderheitenordnungen der Versuch gemacht werden, daß auch solchen Lehrpersonen die Erlaubnis zur Errichtung und Leitung von privaten Minderheitenschulen erteilt werden kann, die die Befähigung zur Anstellung im polnischen bzw. dänischen Schuldienste besitzen. Es darf nur hinzugefügt werden, daß eine solche Verwaltungspraxis auch gerade den lebhaftesten Wunsch der Auslandsdeutschen in Polen, Jugoslawien, Lettland usw. darstellte, denen bei dem Mangel an sonst geeigneten Kräften die Pflege ihres Volkstums nur dann gewährleistet ist, wenn sie auf reichsdeutsche Kräfte Rückgriff nehmen können. So waren also gewiß auch bei dieser Bestimmung Bedenken nicht zu verkennen, die aber durch die gemachten Erfahrungen sowie durch die Rücksicht auf das Auslandsdeutschtum als kompensiert gelten mußten.

Der letzte wichtige Gesichtspunkt schließlich, von dem die Ordnung ausgeht, ist die Tatsache, daß unter gewissen Umständen auch dem Staate selbst die Pflicht obliegt, sich des Minderheitschulwesens anzunehmen. Es sind Staatsunterstützungen in Höhe von 60 v. H. der Lehrergehälter derjenigen Privatschulen vorgesehen, die von mindestens 40 volksschulpflichtigen Kindern besucht werden. Es sollen sogar öffentliche Volksschulen errichtet werden, wenn die staatlich subventionierte private Volksschule drei Jahre hintereinander bestanden hat und die Gewähr ihrer Dauer gegeben ist.

Die hier angewandten Zahlen entsprechen dabei den internationalen Maßstäben, wie sie in der Genfer Konvention niedergelegt worden sind.

So ist im ganzen ein Werk geschaffen, das sich, in den internationalen Rechtszusammenhängen gesehen, als eine wirklich schöpferische Tat auf dem Gebiete des Minderheitenrechtes erweist. Wenn im engeren deutschen nationalen Interesse diesem Schritte auch gewisse Bedenken entgegenstehen mögen, so dürfen wir doch soviel Vertrauen auf die Lebenskraft und die geistige Höhe der deutschen Kultur setzen, daß sie hiervon auch in den Grenzgebieten, die zudem auch weiterhin der Gegenstand besonderer Fürsorge der Staatsregierung sein werden, keinen Schaden erleidet. Es ist im Gegenteil zu hoffen, daß der nationale Kampf in den Grenzgebieten nach einer gewissen Übergangszeit an Schärfe verliert, und ganz gewiß werden die Auslandsdeutschen dem geschaffenen Werke mit besonderer Dankbarkeit begegnen.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

Von Geh. Reg.-Rat Georg Cleinow, Berlin.

Seit den letzten Novembertagen sind in Moskau die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen, die im Frühjahr d. J. infolge der Verhaftung deutscher Ingenieure in der Sowjetunion unterbrochen worden waren. Wenn die Wiederaufnahme nicht früher erfolgte als eben jetzt, obwohl die durch jene Verhaftung hervorgerufenen Mißverständnisse längst beigelegt sind, so liegt der Grund dafür in dem unerwartet eingetretenen Tode des deutschen Botschafters in Moskau, des klugen und weitblickenden Förderers der deutsch-russischen Beziehungen, des Grafen Brockdorff-Rantzau. Der Fortfall einer solchen starken Persönlichkeit hinterläßt eine schwer ausfüllbare Lücke, namentlich wenn mit dem Personenwechsel die von ihr innegehaltene Linie in der politischen Führung beibehalten werden soll. Bei der umfassenden Bedeutung, die die Pflege der deutsch-russischen Beziehungen für die künftige Entwicklung Deutschlands auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet haben muß, war es selbstverständlich, daß der Herr Außenminister sich wohl hütete, sich in der Personalfrage drängen zu lassen und sie übers Knie zu brechen, lediglich um die Wirtschaftsverhandlungen wieder schnell in Gang zu bringen.

Im Gesamtkomplex der deutsch-russischen Beziehungen und deren Ausstrahlungen auf die Gesamtpolitik des Deutschen Reichs bilden die Wirtschaftsverhandlungen in Moskau nur einen Ausschnitt. Die krisenhafte Entwicklung der Sowjetwirtschaft hat die Ausmaße des Ausschnitts überdies verengert. Wenn diese Verengerung nicht eingetreten wäre und wenn im Zusammenhang mit ihr von russischer Seite nicht Schritte nach verschiedenen Seiten unternommen worden wären, die eine weitere Einengung des wirtschaftlichen Wirkungskreises der Verträge von 1925 befürchten ließen, hätten sich wahrscheinlich die Frühjahrsbesprechungen überhaupt erübrigt. Die Oktoberverträge von 1925 hatten sich mit ihrer auf dem Rapallovertrage aufgebauten Grundtendenz im allgemeinen so bewährt, daß Deutschland gewisse Ungleichheiten, die sich aus der Verschiedenheit der Staatssysteme ergaben, mit in Kauf nehmen konnte, solange die Sowjetregierung sie nicht einseitig verschärfte. Das ist auch der letzte Grund dafür, daß deutscherseits die Verträge nicht beim ersten Termin gekündigt wurden. Die deutsche Regierung ging von dem alten Erfahrungssatz aus, daß es die praktische Zusammenarbeit ist, die sich am besten dazu eignet, Schwächen und Fehler eines Vertragswerks auszugleichen, das bei seinem Abschluß von beiden Seiten ganz offen als ein erster Versuch bewertet wurde. Solche Arbeit erfordert Zeit, Geduld, starke Nerven und Stetigkeit bei der Verfolgung des Endziels, ganz besonders in einer Epoche wie die, in der wir leben. Das große und kleine Geschehen der Weltpolitik ist zwischen die beiden Tatsachen gespannt, die entweder nur durch unverdrossene, mühselige Arbeit allmählich oder durch einen neuen Weltkrieg überwunden werden können, zwischen den Sieg der Bolschewisten in Rußland im Jahre 1917 und das Diktat von Versailles vom Jahre 1919.

Im tiefen Hintergrunde der deutsch-russischen Verhandlungen steht das Ziel der deutschen Staatsmänner, die Folgen dieser beiden Tatsachen für Deutschland erträglich zu machen, ohne die Welt in eine neue Katastrophe gleiten zu lassen. Es ist dasselbe Ziel, das die Sowjetdiplomatie, wenn auch auf anderen Wegen, als Deutschland sie gewählt hat, für Rußland anstrebt. Im Hinblick auf die Parallelität der Zielsetzung und nur darauf hat die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen und haben damit auch die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen jene allgemeine, weltpolitische Bedeutung für alle Völker der Erde, die mit den jetzigen Verhältnissen nicht zufrieden sein können. Die Art der Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen bildet im obigen Rahmen für alle Welt den sichersten Maßstab für die Beurteilung der Sowjetunion als Mitglied der Staatengesellschaft auf unserem Planeten. Je harmonischer sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion gestalten, um so wertvoller wird der Sowjetstaat für alle anderen Staaten. Nach den Experimenten, die die Sowjetregierung im Rahmen des deutsch-russischen Wirtschaftsverkehrs anstellt, beurteilen die zuschauenden Mächte die politische und finanzielle Kreditwürdigkeit der Sowjetunion.

Wir wissen, daß die Sowjetunion sich noch betont außerhalb der übrigen Staatengesellschaft hält, ja, daß sie sich als „Vormacht des internationalen Weltproletariats" im Kriege mit den sogenannten „imperialistischen" und „kapitalistischen" Staaten wähnt. In diesem Zustande bilden die deutsch-russischen Wirtschaftsverträge Brücken zwischen zwei Welten.

Nun hat die Auslegung der Verträge von russischer Seite dazu geführt, daß auf diesen Brücken die Russen wohl leicht ins Ausland gelangen, nicht aber die Deutschen in die Sowjetunion — eine Ungleichheit, die sich bei allen Fragen der Niederlassung und des Warenverkehrs, beim Schutz der Ausländer in der Sowjetunion sehr zum Nachteil der deutschen Wirtschaft auswirkt. Die Sowjetregierung faßt z. B. ihr Staatshandelsmonopol als ein Welthandelsmonopol auf, neben dem kein internationaler Zwischenhandel, soweit Rußland dabei in Frage kommt, bestehen soll. Alles soll auch auf diesem Gebiet von Sowjetorganen unter weitestgehender Ausschaltung ausländischer Handelsorgane besorgt werden. Erst recht wehrt sich die Sowjetregierung gegen privatwirtschaftliche Wirtschaftsorganisationen, die durch ihre finanzielle Macht und wirtschaftliche Autorität befähigt werden könnten, mit der Sowjet-Handelsvertretung in ernsten Wettbewerb zu treten. Bestünde zwischen der deutschen und russischen Wirtschaft die vertragsmäßig festgelegte Parität oder Gleichberechtigung, so müßte in Moskau zum mindesten ein deutsches Handelsorgan mit allen Nebenorganen zugelassen sein, wie sich ein solches unter dem Namen der Sowjet-Handelsvertretung in Berlin befindet. Das ist nicht der Fall. Wenn solches von unserer Wirtschaft nicht angestrebt wird, so liegt das daran, daß sie freihändlerisch-individualistisch eingestellt ist und Wert darauf legen muß, wie früher mit individuellen Vertretern, Muster- und Verkaufslagern der einzelnen Privatfirmen auf dem russischen Markt erscheinen zu können. Solches wiederum widerspricht den Tendenzen des Sowjetstaates, solange er kommunistisch geführt wird. Hier wird ein Ausgleich gefunden werden müssen, der für beide Partner tragbar wäre. Zu finden ist er nicht ganz leicht, da die Sowjetregierung ebensowenig darauf ausgehen sollte, in Deutschland eine Systemänderung herbeizuführen, wie Deutschland umgekehrt sich wohl hütet, das Sowjetsystem antasten zu wollen.

Mit unserem Wunsch nach Ausbau des Niederlassungsabkommens gelangen wir an ein Bündel von Fragen, die dringend neugeordnet werden müssen, sofern die Parität tatsächlich hergestellt werden soll. Alles das, was zur Pflege ihres Auslandsgeschäfts von den Angestellten der Berliner Handelsvertretung als Selbstverständlichkeit betrieben wird, wie wirtschaftlicher Nachrichtendienst, Auskunfteinholung über die Bonität von Firmen und Personen, Konjunkturforschung, Beobachtung des Patentmarkts u. a. m., steht in der Sowjetunion unter der Bedrohung des Spionageparagraphen des Strafgesetzbuches. Außerdem sind die am 12. Oktober 1925 eingegangenen Verpflichtungen wegen Urheber- und Patentschutzes zugunsten deutscher Reichsangehöriger noch nicht erfüllt worden. Mit einem Wort: die individuelle Arbeit deutscher Staatsangehöriger ist im Rußlandverkehr nicht so geschützt, daß sie, von Einzelfällen abgesehen, in größerem Umfange lohnend betrieben werden könnte. Ganze große Interessengruppen für das russische Geschäft sind mit ihren deutschen Organen brachgelegt, während die Sowjetwirtschaftsdiplomatie im Auslande die Entwicklung von Konkurrenzunternehmungen stimuliert, statt aus dem Geist des ersten Artikels des Wirtschaftsabkommens „die wechselseitigen Handelsbeziehungen auf jede Weise zu fördern, die möglichste Stabilität des Warenverkehrs zu erzielen und den Anteil beider Länder an der gegenseitigen Aus- und Einfuhr nach Maßgabe des Fortschritts des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf das Vorkriegsmaß zu bringen ..."

Um diesen Grundgedanken der Wirtschaftsverträge geht es bei den Moskauer Verhandlungen. Um nichts anderes, vor allem nicht um einen Versuch der deutschen Wirtschaftskreise, das Staatshandelsmonopol des Sowjetstaates anzutasten und an den Staatsgrundsätzen der Sowjetunion zu rütteln. Daher kann auch die Bedeutung der Verhandlungen für Deutschland im Rahmen der weltpolitischen Zusammenhänge nur eng begrenzt sein; für die Sowjetregierung sind die Konsequenzen ihres Verlaufs jedenfalls ungleich größer.

Zur Zeitgeschichte

Bundespräsident Wilhelm Miklas.



Die österreichische Bundesversammlung, bestehend aus den Abgeordneten des Nationalrates und den Mitgliedern des Bundesrates, hat nach einem Vorspiel, das man versucht sein könnte eine parlamentarische Satire zu nennen, in der Wahl des österreichischen Bundespräsidenten eine Entscheidung getroffen, die in überraschender Weise der politischen Struktur des Landes gerecht wurde. Die kleineren parlamentarischen Fraktionen hatten sich zu freiwilliger Einflußlosigkeit verurteilt, und aus dem Hin und Her der mannigfaltigen Parteibeschlüsse vor der Wahl, aus dem Wirrsal der verschiedenen politischen Erklärungen nach der Wahl, schält sich die bemerkenswerte Tatsache, daß das neue österreichische Staatsoberhaupt in einer geradezu akademisch reinen Verwirklichung demokratischer Prinzipien, von der größten Partei des Landes gestellt und mit Hilfe der oppositionellen, zweitgrößten Partei gewählt.

Die gegenwärtig gültige Bundesverfassung des österreichischen Staates räumt dem Bundespräsidenten nicht annähernd die Rechte ein, über die z. B. der deutsche Reichspräsident verfügt und die auch anderen republikanischen Staatsoberhäuptern zu eigen sind. Deshalb ist es kaum ein Mehr an tatsächlicher Macht, das der neue Präsident nach dem Abschied von seinem Amte als Haupt des österreichischen Parlamentes, dem die ganze Gesetzesgewalt in Österreich allein zusteht, beim Amtsantritt als Bundespräsident gewinnt, wenn auch naturgemäß der jeweilige Träger des hohen Amtes als oberster Repräsentant des souveränen Volkes die Würde eines Staatsoberhauptes besitzt. In der Erkenntnis, daß politische Situationen möglich sind, in denen die Wahrnehmung der wirklichen Staatsinteressen durch die Volksvertretung eines Korrelativs und kontrollierenden Faktors bedarf, sind in weiten Schichten der österreichischen Bevölkerung Bestrebungen entstanden, eine Änderung der Verfassung im Sinne einer Erweiterung der Befugnisse des Präsidenten zu erwirken. Bemerkenswerterweise war es eben der neue Bundespräsident, der schon im Jahre 1922 in diesem Sinne einen Antrag im Parlament eingebracht hat. Die durch Ablauf der zweiten Amtsperiode des bisherigen Präsidenten Dr. Hainisch verfassungsmäßig notwendig gewordene Neuwahl gab diesen Bemühungen starken Impuls, und gerade sie waren es nicht zuletzt, welche dieser Wahl das Gepräge eines mehr politischen Ereignisses verliehen. Bei der Amtsübergabe hat übrigens der langjährige und überaus verdienstvolle bisherige Präsident Dr. Hainisch ebenfalls der Überzeugung von dieser Notwendigkeit Ausdruck gegeben, und so ist nicht daran zu zweifeln, daß die Entscheidung über diese Frage noch in die Amtsperiode des neuen Präsidenten fallen wird.

Diese Gedankengänge waren sicherlich auch dafür mitbestimmend gewesen, daß der Plan, eine sogenannte unpolitische Persönlichkeit zum Präsidenten zu erheben, in den politischen Parteien keinen rechten Boden gewinnen konnte. So verlockend der Gedanke an sich erschien, barg er doch in sich die Gefahr, daß auf diesem Wege Persönlichkeiten in Aussicht genommen würden, die zwar auf bestimmten Gebieten öffentlichen Wirkens sich besonders großen Ansehens erfreuen und vielfach vielleicht auch über wissenschaftliche Weltgeltung verfügen, die sich aber gerade andererseits etwaigen vermehrten Anforderungen an politischer Überlegenheit und staatsmännischer Gewandtheit nicht gewachsen gezeigt hätten, wie sie vom Staatsoberhaupt vorausgesetzt werden müssen. Soweit jedoch der Wunsch nach einer „unpolitischen Persönlichkeit" die berechtigte Erwartung in sich schließt, daß der Mann, der an die Spitze des Staates gestellt wird, sich nicht als Exponent einer bestimmten politischen Gruppe betrachte und einseitige Interessen vertrete, erscheint in der Persönlichkeit des neuen Präsidenten alle Gewähr dafür gegeben, daß er diese Ansprüche befriedigt. Durch seine mehr als fünfjährige Funktion als Präsident des Nationalrates ist er tatsächlich schon seit Jahren der parteipolitischen Betätigung im Nationalrat entzogen und in gewissem Sinne „entpolitisiert" worden. Alle Parteien des österreichischen Parlaments haben aber die Objektivität und die vorbildliche Überparteilichkeit gerühmt, mit der Präsident Miklas dieser Aufgabe stets gerecht wurde. Mithin kann nicht der geringste Zweifel bestehen, daß er, dessen Überzeugung und Gesinnung zwar fest umrissen sind, der aber im ganzen Lande keine Feinde hat, was bei einer 22jährigen parlamentarischen Tätigkeit sicherlich ein seltener Beweis edlen Menschentums und persönlicher Lauterkeit ist, auch sein Amt als Staatsoberhaupt im gleichen Sinne verwalten wird.

Es ist sicherlich kein Nachteil, daß der neue Präsident einen selten reichen Schatz politischer Erfahrungen und jahrzehntelanger parlamentarischer Praxis mitbringt. Die Kenntnis seines Namens ist außerhalb Österreichs bis jetzt wahrscheinlich auf Politiker und Staatsmänner beschränkt geblieben. Seine Vergangenheit war nicht reich an großen Ereignissen, welche seinen Namen in das Gedächtnis der Menschheit hätten einhämmern können. Aber seine Vergangenheit ist eine Unsumme rastloser politischer Arbeit, eine Fülle unermüdlichen Fleißes, die er seinen Wählern und seinem Volk jahrzehntelang gewidmet hat.

Der Werdegang des Präsidenten Miklas ist ein echt österreichisches Schicksal. Einer neunköpfigen Beamtenfamilie in Krems a. d. Donau entsprossen, besuchte er das Benediktiner-Gymnasium zu Seitenstetten in Niederösterreich. Nach philosophischen und germanistischen Studien an der Wiener Universität war er an verschiedenen Gymnasien des deutschen Kulturgebietes im alten Donaureiche wie auf dem Gebiete des heutigen Österreich als Gymnasiallehrer für humanistische Fächer tätig. Als Direktor des Gymnasiums in Horn beschloß er im Jahre 1924 seine lehramtliche Tätigkeit.

Schon im Jahre 1907 wurde Wilhelm Miklas Träger eines politischen Mandates im altösterreichischen Abgeordnetenhaus. Als Mitglied des Budget-, Eisenbahn-, Geschäftsordnungs-, Staatsangestellten-, Verfassungs- und Unterrichtsausschusses wie der Delegation im Dezember 1917 entfaltete er eine intensive und gründliche politische Arbeit, ohne aus der Rolle eines Ausschußreferenten herauszutreten. Erst nach dem Umsturz erfuhr eine breitere Öffentlichkeit mehr von seinem politischen Wirken. Als Mandatar niederösterreichischer Wahlkreise gehörte Abgeordneter Miklas nacheinander der provisorischen Nationalversammlung, dem Staatsrat, der konstituierenden Nationalversammlung und später dem Nationalrat an. Vom März 1919 bis November 1920 leitete er als Unterstaatssekretär für Kultus das kulturpolitische Ressort. Vom Vertrauen aller Parteien getragen, wurde er im November 1923 zum erstenmal und im April 1927 das zweitemal zum Präsidenten des Nationalrates gewählt.

Nun wurde Wilhelm Miklas, der von Jugend auf den Kampf ums Dasein und um die Überwindung der unzähligen Sorgen einer kleinbürgerlichen Familie kennenlernte und der selbst Vater von elf lebenden Kindern ist, auf den höchsten Schild erhoben, den Österreich zu vergeben hat. Schon als Präsident des Nationalrates hat er bei zahlreichen Gelegenheiten bewiesen, wie sehr er die Eignung besitzt, voll schlichter Würde den Gefühlen der Volksvertretung und damit der Gesinnung des gesamten Volkes Ausdruck zu verleihen. An den Tagen, die in der Geschichte der jungen österreichischen Republik zu Wahrzeichen geworden sind, war er der von politischen Freunden und Gegnern gleichgeachtete und verehrte Wortführer des österreichischen Parlaments. Voll Ruhe und Energie, voll Opfermut und Hingabe wird er seine Arbeit auch im neuen Amt für Volk und Land fortsetzen. Viele seiner parlamentarischen Reden beweisen seine tiefe Überzeugung von der organischen Verbundenheit Österreichs mit dem gesamten Deutschtum. Die Notwendigkeit einer einheitlichen politischen Lebensformung Österreichs und Deutschlands wurde von ihm früh erkannt und oft betont. Wie unter dem Einfluß des scheidenden Präsidenten, wird die Entwicklung in dieser Richtung auch unter Führung des neuen österreichischen Staatsoberhauptes weitere Fortschritte bringen. Deshalb ist seine Wahl mit Recht von den Deutschen aller Stämme und aller Regionen herzlich begrüßt worden.

Zehn Jahre Deutsche Liga für Völkerbund.

„... Eine solche Überzeugung muß sich zu dem Bekenntnis erheben, daß das organische Prinzip durch seinen Sieg, durch den deutschen Sieg, in diesem Weltkrieg dazu berufen sein wird, die neue Weltpolitik und eine neue Weltkultur zu ordnen, als Werkbund einer Völkergemeinschaft.... Dieser Krieg zerbricht das mechanische Prinzip der alten Form der Weltbeherrschung, und dieser Frieden sichert das organische Prinzip in der deutschen Führung ohne Gewaltherrschaft.... Eine neue Kraft steht in der Geschichte: die neue organische Ordnung der Völker, die der Sieg des deutschen Sinns und Willens in diesem Weltkrieg schafft und sichert — durch und für einen wahren Werkbund der Völker... zur Entfaltung der einzelnen Organe im gemeinsamen Organismus und dadurch auch zur Entwicklung des gesamten Organismus."

1916 im Juni — also noch auf der Höhe der deutschen Siegesstellung — auf der Jahrestagung des Deutschen Werkbundes in

Bamberg, in einem Referat, das als Flugschrift der Wochenschrift „Deutsche Politik" große Verbreitung gefunden hat, habe ich für den noch fest erwarteten Fall des deutschen Siegs den „Imperialismus" einer solchen Ideologie formuliert: die historische Mission Deutschlands zu einer Neuordnung der Welt durch einen Völkerbund. 1916: also nicht als Resignation der Niederlage, sondern als Verpflichtung eines Siegs.

1917 wurde mir dann erster entscheidender Impuls zur Gründung einer deutschen Völkerbunds-Organisation das damals entstehende erste deutsche Völkerbundbuch im kaiserlichen Kriegsdeutschland — von meinem schwäbischen Landsmann Matthias Erzberger: „Der Völkerbund, der Weg zum Weltfrieden." Man erinnert sich: Deutschland hatte bereits 1916 (am 9. November) durch die Reichstagsrede des Reichskanzlers Bethmann Hollweg ein erstes offizielles und prinzipielles Bekenntnis zu einer späteren Völkerbundpolitik ausgesprochen, die Präsident Wilson kurz zuvor als erster proklamiert hatte. Damals vereinigte (beinahe von Kriegsbeginn an) in Berlin in der „Deutschen Gesellschaft 1914" ein regelmäßiger Mittagstisch — jener Round table, der nach dem Krieg durch Eberts Initiative zum bekannten „Dienstag-Abend" unter meinem Vorsitz geworden ist — jede Woche Reichskanzler, Staatssekretäre, Admiräle, Diplomaten, kurz die wechselnden Leiter der deutschen Politik zur offen-vertraulichen Aussprache über Kriegs- und Friedensprobleme: auch die Ideologie und Realisierung eines Völkerbundes wurde seit Wilsons Initiative gründlich durchdiskutiert, ganz besonders konkret dann auch Erzbergers erster Organisationsentwurf; am meisten zwischen dem Vizekanzler Helfferich, der beides radikal ablehnte, und mir selbst, der immer wieder dafür argumentierte.

1918 brachte die praktische Folgerung solcher theoretischen Klärung, und zwar durch drei Reifezeiten:

Frühjahr: Erste Bestätigung der Notwendigkeit einer Völkerbundpolitik wurde mir durch die Offenbarung von Auslandseindrücken. Eine politische Mission in der Schweiz (im Auftrag des Auswärtigen Amts) bezweckte Besprechungen und Bemühungen um Friedensschlußmöglichkeiten — über einen russischen Vertrauensmann zu seinen amerikanischen und französischen Gesinnungsgenossen. Durch solche Aussprachen befestigte sich mein Eindruck: Wie immer dieser Krieg ausgehen mag, wer immer Sieger oder Besiegter werden wird — die Organisierung einer neuen Welt durch einen Völkerbund ist unumgänglich. Also brauchen wir eine deutsche Zentralstelle für Völkerbundpolitik zur Vorbereitung des deutschen Volks auf eine künftige Völkerbundpolitik.

Sommer: Entsprechende Vorschläge und Begründungen trug ich dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, von Hintze, vor: er verstand die Situation und veranlaßte den Leiter seiner Rechtsabteilung, Ministerialdirektor Dr. Kriege, die Tatsache und den Inhalt eines bereits vom Auswärtigen Amt ausgearbeiteten Entwurfs eines Völkerbunds mir anzuvertrauen. Meine Erwiderung war wiederum: „Wie wollen Sie eines Tages eine solche Politik wirklich führen können, wenn keinerlei Vorbereitung des deutschen Volks vorangegangen ist?" — Die öffentliche Meinung spöttelte ja damals noch über solche „Utopien".

Herbst: Eine nochmalige politische Mission in der Schweiz in der gleichen Angelegenheit vermittelte eine nochmalige Verstärkung meiner Überzeugung von der Entwicklung der Weltpolitik zu einem Völkerbund hin. (Es ist ja immer so: die Perspektive der Distanz erst ermöglicht die richtige Schau.) Also — wiederholte Vorschläge, ja formaler Antrag im Auswärtigen Amt (im September): zeitig, also sofort, eine deutsche „Zentralstelle für Völkerbundpolitik" zu organisieren zur Führung des deutschen Volks zum Verständnis der geschichtlichen Völkerbund-Ideologie und einer baldigen Völkerbund-Realität. (Es sollte sich fügen, daß der gleiche Septembertag jenes Antrags acht Jahre später das Datum des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wurde.)

Endlich — nach dem Zusammenbruch — infolge nochmaliger Besprechungen (mit den Volksbeauftragten Ebert und Haase sowie mit dem Staatssekretär Dr. Solf und dem damaligen Unterstaatssekretär Dr. David) — endlich Entschließung des Auswärtigen Amts dazu (Ende November) und meine Beauftragung, eine Zentralstelle für Völkerbundpolitik zu schaffen.

Schließlich — nach intensiven Verhandlungen mit allen politisch dafür notwendigen und möglichen Persönlichkeiten und Organisationen — gelang die formale Gründung der „Deutschen Liga für Völkerbund" am 17. Dezember: in einer gut besuchten Versammlung von Vertretern aller Parteien wie der pazifistischen Gesellschaften, nach einer Begrüßungsrede des Staatssekretärs Erzberger und nach einem Begründungsbericht von mir. Erzberger wurde Vorsitzender (zwei Jahre lang), ich Geschäftsführender Vorsitzender (sieben Jahre lang) und Schücking Stellvertretender Vorsitzender.

Die Liste des so und damals zusammengekommenen ersten Ausschusses der Deutschen Liga für Völkerbund hat heute noch historisches Interesse, sowohl durch die Bezeichnung der damaligen politischen Position einzelner Persönlichkeiten wie weil jene erste Ligazeit von Anfang an Männer und Frauen aus allen Parteien, von den unabhängigen Sozialdemokraten bis zu den alten Nationalliberalen, zusammenschloß, ja sogar konservative Namen einschloß. Bald fügte sich auch die körperschaftliche Mitgliedschaft von Verbänden mit insgesamt neun Millionen Mitgliedern an: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, Verband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Deutscher Beamtenbund, Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Bund Deutscher Frauenvereine, Deutscher Volkshaus-Bund, Deutsch-Demokratischer Jugendverein. So breit und so weit ließ sich damals deutsches Verständnis lebendig machen und zusammenfassen für die Notwendigkeit eines Völkerbundes (der noch gar nicht bestand) und für die Richtigkeit einer Völkerbundpolitik (die eine deutsche Aufgabe werden sollte).

„Liga für Völkerbund" — für diesen sprachlich angefochtenen und anfechtbaren Titel muß ich die Verantwortung tragen. Diese bewußt grammatikalisch unkorrekte Bezeichnung sollte nur politisch korrekt sein, sollte programmatisch bedeuten: eine Zentralstelle und eine Politik — nicht für „den" Völkerbund (der Entente oder von Genf — den gab es ja damals auch noch gar nicht), sondern für „einen" Völkerbund — einen wirklichen Völkerbund, universal und demokratisch; kurz gesagt: für Völkerbund-Ideologie und für Völkerbundpolitik (wie sie das erste Arbeitsprogramm der Liga für Völkerbund und meine erste Berliner Völkerbundrede interpretierten.)

Mit welcher Intensität und Zielsicherheit jene Völkerbundpolitik begonnen hat und durch ein ganzes Jahrfünft hindurch fortgeführt werden konnte, das möge u. a. durch die Tatsache veranschaulicht werden, daß acht Abteilungen lebendig wurden und lebendig blieben, bis die Inflation ihre Einschränkung erzwang: eine politische, völkerrechtliche, wirtschaftliche, sozialpolitische, literarische, pädagogische, organisatorische, Bibliothek und Archiv; mit einer wachsenden Zahl von Mitarbeitern, mit mehr als fünfzig Beamten und Angestellten, von denen heute noch Dr. Hans Wehberg (dessen Bedeutung die Liga durch diese seine erste Berufung erkannt hat) und Müller-Jabusch, Dr. Elisabeth Rotten wie Dr. Margarete Rothbarth besonders genannt zu werden verdienen. Der Präsidentenposten ist von unserm Mitgründer Erzberger nach zwei Jahren an Graf Bernstorff übergegangen, der als Botschafter in Washington Wilsons Völkerbundvorschläge gebilligt hatte. Der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ist von jenem Gründungstermin an bis zum heutigen Tag die jetzige Generalsekretärin geblieben, Frau Aner, geb. Vogeler.

Aber — die umfangreiche Leistung des auch später wieder fruchtbar gewordenen ersten Jahrfünfts wäre nicht möglich gewesen ohne die mehr und mehr wachsende Mitarbeit und mehr und mehr reifende Mitleitung durch Dr. Hans Simons. In jenen Menschen suchenden Tagen der Gründungsvorbereitung hat eine jener Begegnungen, die nur platte Oberflächlichkeit als „zufällig" mißversteht, mich mit ihm in der Reichskanzlei zusammen„geführt" — dem Sohn seines mit mir befreundeten Vaters: damals junger Jurist und verwundeter Leutnant. So wurde er Mitbegründer der Deutschen Liga für Völkerbund, die er als ihr vieljähriger Geschäftsführer wie kein anderer organisatorisch und geistig entwickelt und gefördert hat.

Politik sollte die Deutsche Liga für Völkerbund von Anfang an machen. Innere Politik — das hieß zweierlei: Vorbereitung und Hinführung des deutschen Volks zur Völkerbund-Ideologie, an der kein Volk der Geschichte einen so großen schöpferischen Anteil hat wie die halbe Hundertschaft deutscher Denker, die die alsbald von der Liga herausgegebene „Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland" (von Prof. Dr. Valentin) zusammengestellt hat; sowie Sammlung und Einigung des deutschen Volks für die machtvolle Realität des Rechtsgedankens, der eine neue Welt gestaltet. Auch auswärtige Politik — das hieß auch zweierlei: Vorbereitung und Durchsetzung deutscher Rechtsansprüche im Völkerbund und Ausbildung des ersten Genfer Versuchs und Anfangs zu einem wirklichen, sich vervollkommnenden Völkerbund.

Dementsprechend mußte auch die Arbeit der Deutschen Liga als einer Avantgarde eines künftigen Völkerbunds von Anfang an eine doppelte sein und ist sie bis zum heutigen Tage geblieben: eine aufklärende, ideelle, volkserzieherische; und eine praktische, konstruktive, weltpolitische. Für die erste Art zeugt heute noch eine Reihe von Flugschriften, Monographien und Kommentaren, deren damalige Quantität und wertbeständige Qualität immer wieder überraschen kann. Der zweiten Aufgabe diente eine Aktivität, die z. B. in die Wahlpropaganda zur Nationalversammlung den Völkerbundgedanken hineintrug; oder die — ein anderes Beispiel — 1919 trotz abenteuerlicher Schwierigkeiten sich eines Flugzeugs bediente, um einen deutschen Völkerbundentwurf (den der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht) rechtzeitig an Präsident Wilson in Paris persönlich heranzubringen; oder die schließlich während der Versailler Friedenskonferenz — die strengsten Sicherheitsmaßregeln der Entente durchbrechend, überlistend — es fertigbrachte, authentische Exemplare des Versailler Diktats in die Matin-Redaktion und in die amerikanische Presse durchzuschmuggeln. Der „Matin" freilich konnte nur ein Faksimile der Textseite unseres numerierten Exemplars abdrucken, weil die Militärzensur eine Veröffentlichung des Inhalts verbot; die

amerikanische Presse aber veröffentlichte unser Exemplar (trotz der Aufregung im Senat) und leitete so die politische Kampagne der Kritik am Versailler Vertrag ein.

Auch die Kundgebung der Liga für Völkerbund charakterisiert und bezeugt den Gründungsgeist der Deutschen Liga für Völkerbund — wie er in der Vergangenheit vor zehn Jahren lebendig geworden, in die Gegenwart der heutigen Völkerbundpolitik hinein lebendig geblieben ist und für die Zukunftsaufgaben Deutschlands und der Liga im und am Völkerbund lebensvoll ist und bleiben wird. Heute dies mit gutem Gewissen feststellen zu können, es stichhaltig aussprechen zu dürfen und nichts an den Dokumenten jenes Jahrfünfts ändern zu müssen, das ist die beste Bestätigung und Rechtfertigung jenes Entschlusses vor zehn Jahren. Ernst Jäckh.

(Aus der in einigen Tagen erscheinenden Jubiläumsnummer der Zeitschrift „Völkerbund" der Deutschen Liga für Völkerbund, Berlin.)

Arbeitslosigkeit und Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung sowie in der Krisenfürsorge betrug am 1. Dezember d. J. 1 138 100. Die Vergleichsziffer vom 1. Dezember des vergangenen Jahres lautet auf 752 000. Auch wenn man berücksichtigt, daß unter den am 1. Dezember gezählten Arbeitslosen sich noch ein Teil der infolge des Arbeitskonfliktes in der Nordwestdeutschen Gruppe der Schwerindustrie arbeitslos geworden und zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder eingestellten Erwerbslosen befand, wird man den hohen Stand der Arbeitslosenziffer ernst nehmen müssen. Denn der Vergleich mit dem Vorjahr läßt darauf schließen, daß es sich nicht nur um die in den Spätherbst- und Wintermonaten saisonübliche Arbeitslosigkeit handelt, sondern daß auch eine konjunkturelle Verschlechterung der Wirtschaftslage vorliegt.

Der Reichstag hat sich angesichts dieser Sachlage entschlossen, ein Gesetz über die Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit, von der im Winter vor allem das Baugewerbe und die Landwirtschaft betroffen werden, zu verabschieden. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat im Anschluß daran angesichts der Knappheit der ihm zur Verfügung stehenden Unterstützungsmittel beschlossen, die Unterstützungsdauer der berufsüblich Arbeitslosen auf sechs Wochen zu beschränken. Durch das neue Gesetz sind nunmehr Reichsmittel in einer Höhe bis zu 28 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, zu denen die Reichsanstalt noch weitere 7 Millionen Mark hinzufügen wird. Es besteht die Hoffnung, mit diesen 35 Millionen Mark während acht Wochen ungefähr 250 000 Arbeitslose aus dem Saisongewerbe unterstützen zu können. Die Bedürftigkeitsprüfung, die das neue Gesetz vorsieht, stellt eine Sicherung gegen eine ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Unterstützung dar. Rau.

Blick in die Bücher

Weltpolitisches Wissen.

Schon lange vor dem Kriege war Deutschland in die Weltpolitik gerissen worden, und doch wirkte sich das Erbe Bismarcks immer noch dadurch aus, daß wir vorzugsweise kontinentalpolitisch dachten. Gewiß, man betrieb Flottenpolitik, man betrieb auch Vorderasienpolitik, aber man machte sich die weltpolitischen Konsequenzen nicht klar, die aus solchen politischen Orientierungen entsprangen. Hätte man es getan, so wäre manches anders verlaufen. Selbst das Reichsmarineamt, das stolz darauf war, mehr Weltblick zu haben als das Auswärtige Amt, und das auch seine höheren Offiziere weltpolitisch zu schulen wußte, hat doch die Weltlage und die Struktur Großbritanniens völlig verkannt. Kurz vor dem Kriege erschien in deutscher Übersetzung das Werk von Rudolf Kjellén „Die Großmächte der Gegenwart" und machte einen ungeheueren Eindruck, weil hier zum ersten Male die Großmächte mit ihren auf Raum und Volkstum beruhenden Stoßrichtungen, mit ihren lebendigen Kräften gezeichnet wurden, die Großmächte in ihrem Zusammenwirken und in ihrem Zusammenprall. Ohne daß das sehr plastische, sehr realistische Werk des schwedischen Staatsdenkers eine Theorie des imperialistischen Zeitalters gab, stieg doch vor dem Auge jedes verständigen Lesers ein imperialistisches Weltbild auf, eine Kombination zeugerischer Gewalten, die nach Entladung drängten und damit das Ahnen einer Weltkatastrophe. Es war aber für Deutschland schon zu spät, praktischen Nutzen aus dem Buche zu ziehen.

Nach dem Kriege fühlten wir uns zunächst ganz als außenpolitisches Objekt. Keinen Raum gab es da für weltpolitische Gedanken. Dazu kam, daß in der Zeit der Inflation der Deutsche nicht einmal die Möglichkeit hatte, ins Ausland zu reisen. Jetzt erst war eigentlich der Stacheldraht, der in dem Krieg eine solche Rolle gespielt hatte, um Deutschland gezogen. Wir waren zu einem kleinen abgesperrten Bezirk geworden und hatten selbst das Gedächtnis, daß wir uns einmal in der großen Welt betätigt hatten, verloren. Der beste Beweis dafür ist, daß kaum jemand mehr an unsere alten Kolonien dachte, an dies doch immerhin ausgedehnte Kolonialreich, mit dem soviel Blut und Geld verbunden war. Freilich hatte diese merkwürdige Vergeßlichkeit auch noch einen anderen Grund. Die Kolonialpolitik war niemals populär gewesen, weil sie von oben herab gestaltet war, ohne die Kräfte des breiten Volkes heranzuziehen. Und so war es ja überhaupt mit der deutschen Weltpolitik: Wenn man sich schon vor dem Kriege mit diesen Dingen beschäftigte, so geschah es in engen Zirkeln, unter dem Gesichtspunkt des Verdienens oder unter akademischen und militärischen Gesichtspunkten. So warf man nach dem Kriege kurzerhand deutsche Weltpolitik und Wilhelminismus zusammen.

Wir haben die Inflation überwunden, haben den Welthandel und die Weltschiffahrt wieder aufgenommen und haben uns auch politisch eine Stellung errungen, die uns erlaubt, wieder als Subjekt der Außenpolitik zu erscheinen. Jetzt aber, zehn Jahre nach Kriegsende, wird die Forderung weltpolitischer Belehrung unabweisbar, und zwar einer Belehrung nicht nur kleiner Kreise, sondern der weitesten Schichten. Das ist keine Forderung irgendwelcher Parteipolitik. Sogenannte bürgerliche Länder wie England und sogenannte proletarische Länder wie Rußland stellen in gleicher Weise die weltpolitische Belehrung an die Spitze jedes volkstümlichen Unterrichts. Namentlich in Rußland gilt der Satz, daß, wer sich im eigenen Lande zurechtfinden will, sich vorerst in der Welt auskennen muß. In der Tat: soll eine Innenpolitik getrieben werden, die sich über niedrigste Tagesinteressen hinaushebt, so muß zunächst klar sein, wie denn das weltpolitische Gesicht der Epoche beschaffen ist und wie der einzelne Staat sich in die Weltkonstellation einfügt. Die innerpolitischen Möglichkeiten eines Staates ergeben sich aus dessen außenpolitischer Stellung und Sendung. Und wenn es richtig ist, daß der Staat mehr ist als eine bloße Rechtsordnung, daß er ein Lebewesen darstellt mit geschichtlich gewordenen Eigenschaften und Zielsetzungen, so wird die Natur dieses Lebewesens am meisten im Hin und Her der Staatenwelt offenbar.

Die wichtigste Abhängigkeit eines Staates ist die von seinem Boden, deshalb wird jede weltpolitische Belehrung vom Raum auszugehen haben. Das ist die sogenannte geopolitische Methode. Seit Ratzel und Kjellén üben wir sie, immer noch aber sind die geopolitischen Erkenntnisse nicht genügend ins Volk gedrungen, vor allem vielleicht auch wohl deshalb, weil sie noch nicht systematisch genug zusammengefaßt und angewendet wurden. Zur geopolitischen Methode gehört aufs engste die moderne Karte, eine Karte nicht der Ausführlichkeit, sondern eine des Wesentlichen, gehört aber auch das Diagramm, die anschauliche Statistik. Das alles bewahrt die weltpolitische Belehrung davor, abstrakt und trocken zu werden. Theorie ist hier, wie bei jeder tieferen Unterweisung, notwendig. Aber eine Disziplin, die sich mit der Welt beschäftigt, darf nicht eine Theorie muffiger Studierstuben betreiben. Weniger in Deutschland als anderswo, denn der Deutsche neigt dazu, zwar die Welt (oder was er darunter versteht) im Kopf zu haben, aber nicht den Kopf in der Welt. Der schlimmste Feind vielleicht des Deutschen, das schwerste Hindernis, das zwischen ihm und weltpolitischem Begreifen liegt, ist seine Kleinbürgerlichkeit. Wir sind die engen Stuben des Biedermeiers geistig noch nicht losgeworden, inzwischen aber schreiten andere Völker mit klarer Stirn und aufrechten Schrittes über die Erde.

Bedeutet weltpolitisches Verständnis imperialistische Politik? Wer solches annimmt, hat noch nicht einmal die Vorhalle weltpolitischen Verständnisses betreten. Die Geschichts- und Wirtschaftsepoche, in der wir leben, ist die des Imperialismus, und so ist jeder Staat, auch der winzigste, am Imperialismus beteiligt. Ein anderes aber ist es, ob die Staaten praktische Eroberungspolitik treiben. Gerade ein Staat wie Deutschland, der jeder praktischen Eroberungspolitik entsagt hat, wird sich dem Studium des Imperialismus am meisten zuwenden müssen, denn nur das Verständnis der Entwicklungstendenzen unserer Zeit lehrt uns, wie wir als Macht, die den Wettlauf um den imperialen Ausbau nicht mitmachen will und kann, in diesem Hexenkessel zu bestehen vermögen. Spielen wir den weltpolitischen Parsifal, den Fremdling, der dumpf in der Welt herumläuft, so kommen wir ganz sicher mit unserer Politik des Rechts und der Gerechtigkeit unter die Räder.

Graf Hermann Keyserling hat sich als Motto seines Reisetagebuchs eines Philosophen den Satz gewählt: „Der kürzeste Weg zu sich selbst führt um die Welt herum." So darf man auch sagen, daß der kürzeste Weg zu der Erkenntnis eines Volkes über sich selbst und

seine Mission in der Welt um die Welt herumführt. In diesem Sinne ist das Studium der Weltpolitik das beste Mittel zum Studium der Heimat. Und wenn wir so oft unsere Kräfte falsch einschätzten, sie überschätzten oder — was auch sehr häufig der Fall war — sie unterschätzten, so war daran vor allem die mangelnde Welterfahrung schuld. Wir schätzten uns falsch ein, weil wir die anderen nicht kannten, und weil uns die Kenntnis der Welt verschlossen geblieben war, kannten wir uns nicht selber.

Die Weltpolitische Bücherei, die ich im Zentralverlag herausgebe und deren erste zehn Bände jetzt vorliegen*), soll dazu mithelfen, hier Wandel zu schaffen. Die Bücherei gliedert sich in zwei Abteilungen, eine grundlegende mit der Behandlung der großen prinzipiellen Fragen der Weltpolitik (braune Einbände) und eine länderkundliche, in der die weltpolitisch wichtigsten Staaten oder Länderkomplexe geschildert werden (blaue Einbände). Populär in üblicher Weise ist die Bibliothek nicht: Dilettanten, die Seichtheiten vertreiben, sind von ihr ausgeschlossen. Zugezogen sind nur Fachleute, dabei aber solche, die über ihren engen Fachhorizont hinaussehen, die bei all ihrer fachlichen Tüchtigkeit nicht im Spezialistentum ertrinken. Auch wird von jedem Mitarbeiter äußerste Prägnanz der Darstellung gefordert. Wir wollen keine Folianten liefern, die ungelesen verstauben. Und wie wir vom Raum ausgehen, so soll neben der Politik immer die Wirtschaft berücksichtigt werden, denn in der heutigen Weltpolitik liegt Politisches und Wirtschaftliches nebeneinander, manchmal trennbar, häufig auch untrennbar.

Als Leser denken wir uns namentlich auch die heranwachsende Generation, ja wir hätten am liebsten (wenn es nicht mißverstanden worden wäre) vor die gesamte Bücherei geschrieben: Der deutschen Jugend.

Adolf Grabowsky.

Koch-Weser, Erich: **Rußland von heute.** Das Reisetagebuch eines Politikers. Mit 16 Bildtafeln. Verlag Carl Reißner, Dresden. 1928. 200 S. Brosch. 4,50 M., geb. 6,50 M.

Nicht jeder, der eine Reise tut, kann etwas erzählen. Das Sprichwort lügt. Auch das Erzählen ist eine Kunst, die, wie man weiß, von „Können" kommt. Nun: Das Buch des Reichsjustizministers Dr. Erich Koch-Weser ist gekonnt. Es ist das Ergebnis einer mehrmonatigen Reise nach dem Osten. Im ersten Teil werden in großen Zügen Land und Leute dargestellt, das Gesicht Rußlands, der Umriß der einzelnen Stände, der „Burschuis" und der Proletarier, die neue Aristokratie und die Bürokratie. Im zweiten Teil wird die Organisation der kommunistischen Wirtschaft geschildert, der Staatssozialismus der Städte, das Verhältnis der politischen Mächte zur Arbeiterschaft, die Gestaltung des Verkehrswesens, der Kooperative, der Sparkassen usw. Im Schlußkapitel dieses Teiles wird festgestellt, daß die kommunistische Wirtschaft kein Organismus, sondern lediglich eine Organisation sei, kein entwickeltes Gebilde, sondern nur starre Mechanik. Der dritte Teil ist dem russischen Bauern gewidmet und seinen Beziehungen zur Sowjetregierung. Wer in den letzten Wochen von den Drohungen des Leiters der russischen Politik, Stalin, gegen die Kulaken gelesen hat, die angeblich nicht gewillt seien, das ihnen obliegende Quantum an Nahrungsmitteln zu produzieren und an die Städte abzuführen, wird mit Interesse aus dem Kochschen Buche entnehmen, daß es sich hierbei nicht um den Großbauern handelt, sondern schlechthin um den besser wirtschaftenden und deshalb vorankommenden Bauern, dem der Kommunismus seinen „individualistischen" Erfolg neidet.

Am stärksten ist der vierte Teil des Buches, der sich mit der kommunistischen Politik befaßt. In den Titeln der einzelnen Kapitel: Die Gewalt als Grundlage des Sowjetstaates, die innere Unsicherheit des Staates, Revolution oder Evolution, ist die Stellung Koch-Wesers zum Kommunismus bereits andeutend vorweggenommen. Höchst rühmlich ist die Sachlichkeit und Unvoreingenommenheit der Schilderung, die dennoch in keiner Zeile den Eindruck mühevoller Verhaltenheit, bewußter Rücksichtnahme auf den Gastgeber macht. Daß Minister Koch von den Sowjets und ihren Behörden in ungestörter Fahrt durch das weite Land geleitet wurde, hat ihn nicht gehindert, deutlich zu sagen, was ist. Meisterhaft sind auch die historischen Betrachtungen: Der zaristischen Vergangenheit mißt Koch die Hauptschuld bei an all dem Elend, unter dem heute Millionen russischer Menschen leiden. Drei Briefe von Geert Koch-Weser, dem Sohn des Verfasser, beschließen das Buch. Ein tapferer, in sich sicherer junger Mensch hat diese Briefe geschrieben.

Rau.

*) **Weltpolitische Bücherei. Herausgegeben von Dr. Adolf Grabowsky.** Band 1: Adolf Grabowsky, Staat und Raum. 112 S. mit 2 Tabellen. — Band 2: Erwin Scheu, Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke. 80 S. mit 20 Karten. — Band 3: Otto Maull, Politische Grenzen. 104 S. mit 12 Karten. — Band 4: Randolf Rungaldier, Oesterreich. 52 S. mit 9 Karten. — Band 5: Max Burchard, Staat und Klima. 80 S. mit 10 Karten. — Band 6: Franz Thorbecke, Das tropische Afrika. 80 S. mit 5 Zeichnungen. — Band 7: Walther Pahl, Der Kampf um die Rohstoffe. 80 S. mit 16 Zeichnungen. — Band 8: Fritz Machatschek, Die Tschechoslowakei. 80 S. mit 5 Karten. — Band 9: Max Eckert, Meer- und Weltwirtschaft. 80 S. mit 19 Karten. — Band 10: Josef März, Landmächte und Seemächte. 64 S. mit 10 Zeichnungen. Erschienen im Zentralverlag G. m. b. H., Berlin.

Neu-Sibirien. Eine Studie der Sowjetmacht in Asien mit 12 Kartenskizzen und 47 Bildern von Georg Cleinow; Verlag: Reimar Hobbing, Berlin SW 61. 426 Seiten.

Der Verfasser, der seine Studienreise durch Sibirien mit Hilfe der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ausführte, will mit seiner Arbeit eine Lücke in der Literatur über die asiatischen Probleme ausfüllen. Man kann wohl sagen, daß ihm seine Absicht durchaus gelungen ist. Das Werk ist für die Ostorientierung unentbehrlich.

Vor den Augen des Lesers deckt Cleinow Neu-Sibirien, den sibirischen Verwaltungsbezirk der Russen, als Teil des riesigen Gesamtgebietes Sibirien, das ganz Nordasien vom Stillen Ozean bis zum Ural umfaßt, auf. Voraussetzung für die Untersuchung in geographischer, historischer und wirtschaftlicher Hinsicht bildet das an sich fest umrissene politische und wirtschaftliche Programm der Sowjetregierung. Er zeigt die den Bolschewisten überkommene Aufgabe in Asien, die Methoden ihres Vorgehens und schließlich die Möglichkeiten für einen Erfolg. Danach scheinen die Bolschewisten an den tausendjährigen Grundlagen Rußlands nichts geändert zu haben. Die Schaffung einer Agrarverfassung suchen sie durch einen Ausgleich zwischen altslawischem Kollektivismus und der modernen, in Amerika zuerst angewandten, landwirtschaftlichen Betriebstechnik zu bewältigen. Es ist interessant zu erfahren, wie sie sich dieser Aufgabe entledigen. Dort, wo sie den Boden verlassen, zeigen sie sich meist als beengte Parteimenschen, dort, wo sie aber auf der festen Plattform ihrer eigenen, natürlichen Kultur stehen, erscheinen sie genial und groß. Vielleicht versuchen gerade sie eine neue Phase des Kapitalismus zu schaffen und seine Triebe mit seinen Schattenseiten zu erfassen! Oder es ist alles nur Kulisse mit einem Potemkinschen Dorf im Hintergrund . . . .?

Die weitere Entwicklung Rußlands scheint nicht an den Willen einer Person gebunden zu sein. Das Werk Lenins verwaiste nicht durch seinen Tod. Daher ist Neu-Sibirien, als Allträger Rußlands, der Eckpfeiler für die Sowjetpolitik in Asien. Und Neu-Sibirien steht im Begriff, durch die Verlegung weltwirtschaftlicher Schwerpunkte einmal zu einer Zelle der Weltwirtschaft im russischen Gesamtgebiet, zum anderen aber auch zu einer Brücke nach China zu werden. Es fragt sich nur, ob durch die Aufteilung des Landes an Fremde als Folge innerer Unkultur und Zusammenhanglosigkeit und durch das Primat der allrussischen Interessen nicht auf die Dauer jedes individuelle Streben in der Wirtschaft erdrückt wird. Und mit der wirtschaftlichen Niederlage würde nicht nur das innerpolitische, sondern auch das außenpolitische Ansehen stark erschüttert werden.

Das Buch ist mit großer Lebendigkeit und Meisterung des Stoffes gestaltet und verdient wohl, beachtet zu werden. W.

Von Deutschlands eigener Kraft. Versuch einer allgemeinverständlichen Darstellung unserer Lage in der Weltwirtschaft. Von Dr. Hans Luther, Reichskanzler a. D. Berlin 1928. Verlag von Georg Stilke. 127 S.

Der Zweck dieser Schrift, eine ohne besondere Vorkenntnisse verständliche Klarlegung der Entwicklung, des Standes und vor allem auch der nächsten und dringenden Aufgaben unserer Wirtschaft zu geben, wird in einer nach Form wie Inhalt ausgezeichneten Weise erreicht. Der knappe und sachliche Ausdruck sowie die übersichtliche Gliederung tragen hierzu wesentlich bei.

Dr. Luther kommt zu diesem in allen wesentlichen Stücken sicherlich zutreffenden Ergebnis: Der zur nachhaltigen Sicherung der gegenwärtigen Lebenshaltung unseres Volkes erforderliche laufende Kapitalbedarf wird nur in unzureichendem Umfange, überdies zum Teil nur unter gleichzeitiger Vermehrung unserer Verschuldung ans Ausland, befriedigt. Die Spanne zwischen Kapitalbildung und Kapitalbedarf, wie auch der Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz sind gegenwärtig größer als unsere Reparationszahlungen, so daß selbst deren vollständige Aufhebung weder jene Spanne noch diesen Fehlbetrag ganz beseitigen würden. Es bedarf darum außer einer weitgehenden reparationspolitischen Entlastung einer Steigerung der Eigenkapitalbildung durch größere Sparsamkeit der privaten und öffentlichen Wirtschaft, weiterer Steigerung der Ausfuhr und außerdem einer Minderung der Einfuhr, was in erheblichem Umfange nur durch eine Ertragssteigerung der Landwirtschaft möglich ist. Die Erfüllung dieser vier lebenswichtigen Forderungen ist eine staatspolitische Aufgabe, zu deren Lösung eine alle Kräfte einheitlich zusammenfassende Erneuerung des Reiches erforderlich ist.

Raab.

Mutter und Kind.

Es gibt Binsenwahrheiten, die immer neu gepredigt werden müssen, jedem geläufig, werden sie nicht beachtet, aus lauter Selbstverständlichkeit beiseite gelassen. Zu diesen vernachlässigten Selbstverständlichkeiten gehört die Erkenntnis, daß Mutter und Kind der kostbarste Besitz eines Volkes sind. Niemand bestreitet's, und doch stehen Mutter und Kind noch bei weitem nicht im Mittelpunkt von Fürsorge und Achtung. Dank dem wachsenden Interesse für Jugendwohlfahrt schneidet immerhin das Kind besser ab als die Mutter, vielleicht vergegenwärtigt man sich auch zuwenig den ganzen Umfang der Fragen.

Für weiteste Kreise nützlich und lehrreich ist's daher, an der Hand eines originellen Abreißkalenders, der mit 109 Bildtafeln und seinen abwechslungsreichen ausführlichen Texten das Höchstmaß dessen bietet, was im Rahmen eines Kalenders unterzubringen ist, alljährlich eine Reise durch Mutter- und Kinderland zu machen unter Führung der Herausgeberin Adele Schreiber (Jahreskalender „Mutter und Kind", Hippokrates-Verlag, Stuttgart, Preis 3 M.)

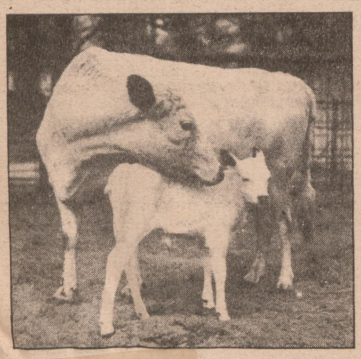
Der Streifzug zeigt, wieviel die Frauen wissen müßten, um auch nur in eigenster Sache beschlagen zu sein, und um wieviel wir alle uns zu kümmern hätten. Einiges davon sei herausgegriffen: neuzeitliche Hygiene von Schwangerschaft und Wochenbett, Pflege und Ernährung des Säuglings, Spiel und Erziehung des Kleinkindes, Hygiene der Wohnung, häusliche und öffentliche Erziehung mit all dem Werden unsrer neuen Schule, die im Gemeinschaftsgedanken Staatsbürger, im Geiste der Verfassung Völkerversöhnung vorbereiten soll. Körperkultur ist im Aufblühen, mannigfache Hilfseinrichtungen dienen der Kindererholung, den Kranken und Abnormen, Bild und Text predigen die frohe Lehre, daß heute auch der Krüppel „Sonnenseiter des Lebens" werden kann. Wir treffen auf unserer Fahrt die mannigfaltige deutsche Jugendbewegung und ihre Einrichtungen, erkennen auch Gefahren, von denen Jugend bedroht wird, blicken nachdenklich auf Schicksale jugendlicher Arbeiter und jugendlicher Entgleister.



Wir waschen uns allein . . . .

Kinderlieder, Wiegenlieder, Wanderlieder, Tanzlieder, ernste Gedichte sind eingestreut.

Mütterprobleme ziehen vorüber, Industriearbeiterinnen, Landarbeiterinnen, geistige Arbeiterinnen, unduldsame und schmerzhafte Mütter, Mütter berühmter Künstler, von diesen selbst gemalt, Porträts, die ohne Worte erzählen, was diese Frauen ihren Söhnen waren. Alte und neue Meister treten vor uns mit ernsten, frohen, humorvollen Darstellungen: Dürer, Schongauer, Rembrandt, Rubens, Feuerbach, Thoma, Liebermann und Baluschek, Käthe Kollwitz, Heinrich Zille und andere, abwechslungsreich weiß auch künstlerische Photographie das dankbare Thema Mutter und Kind zu gestalten.

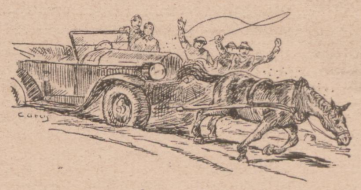


Aufnahme des Zoolog. Gartens, Berlin.

So ist denn dieser Jahreskalender, der nun zum zweitenmal erscheint, geeignet, auf ästhetischem, pädagogischem und sozialem Gebiet eine volkserzieherische Aufgabe zu lösen, den Gedanken zu fördern, daß Dienst an Mutter und Kind Heimatdienst im besten Sinne ist.

Deutsche Tier- und Naturschutzkalender.

Die Nachkriegszeit brachte eine Neubelebung aller Bestrebungen, die mit der Natur zusammenhängen, und die am realsten in der Kleingartenbewegung und dem Siedlungswesen ihren Ausdruck finden. Der Tierschutz, der während des Krieges notgedrungen brachliegen mußte, erhebt in letzter Zeit aufs neue seine berechtigten Mahnungen. In Schule und Haus, in der breitesten Öffentlichkeit, im Funkspruch, überall da, wo uneigennützige Tierschützer und Naturfreunde ihre Forderungen durchsetzen wollen, wird unermüdlich, immer wieder, nach tausend Fehlschlägen, der Versuch gemacht, die Liebe zur bewußten Natur, zum mindesten das Verständnis für Tier und Pflanze zu erwecken und zu pflegen. Aus solcher Einsicht heraus sind in den letzten Jahren verschiedene Tier- und Naturschutzkalender neu geschaffen oder wieder aufgelegt worden, die in Schulhaus- und Jugendbibliotheken zum eisernen Bestand zählen müßten. Der „Berliner Tierschutzverein" gibt gemeinsam mit dem „Deutschen Lehrer-Tierschutzverein" den kleinen „Tierschutzkalender" heraus (Berlin, Tempelhofer Str. 36). Der niedrige Preis, 10 Pf. und Porto, bei größerer Anzahl noch verbilligt, ist darauf berechnet, daß der Kalender eine möglichst große Verbreitung finden soll. So klein wie das Büchlein ist, so schwer wiegt sein Inhalt. Gedichte wechseln mit Erzählungen, Illustrationen verdeutlichen den Text. All dies ist klar und eindringlich durchdacht, fern von jeder falschen Sentimentalität. Auch der „Wiener Tierschutzverein" gibt einen Kalender heraus, der sich für Erwachsene und Jugendliche eignet (Wien, Peterplatz 9). Ein starker Band, etwa 200 Seiten, ein schönes Format mit reichhaltiger, geschmackvoller Illustration und vorzüglichem Text. Dieses Buch enthält nicht nur Artikel und Erzählungen von Prominenten, Gedichte, Rätsel für alt und jung, auch praktische, belehrende Artikel für den Tierhalter, den Landwirt und Züchter stehen darin, um es für die weitesten Kreise geeignet zu machen. Preis: 3 Schilling, inklusive Zusendung durch die Post. Von bester Qualität ist der „Nürnberger Tierfreundkalender", herausgegeben vom „Tierschutzverein Nürnberg" in Verbindung mit dem Jugendschriftenausschuß des Bezirkslehrervereins Nürnberg. Verlag Friedrich Kornsche Buchhandlung, Nürnberg. Preis 25 Pf., 1 bis 10 Stück 22 Pf., über 300 Stück 20 Pf. Das reizende Büchelchen hat eine durchaus künstlerische Ausstattung, ist 40 Seiten stark und zeitlich auf der Höhe. — Wie schön und reich unsere deutsche Heimat ist, zeigt der „Naturschutzkalender 1929", herausgegeben von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege in Preußen. Verlag von J. Neumann in Neudamm. Preis 3 RM. Ein Abreißkalender mit vielseitigem Bildermaterial, mit vorzüglichen Artikeln, die für jung und alt berechnet sind. — Wer für Jugendheime, Jugendherbergen, Jugendbibliotheken, besonders auch für Verlosungen, Bücher stiften will, sollte diese Kalender in erster Linie berücksichtigen; ihr hoher, erzieherischer Wert ist unverkennbar, und trotzdem, das ist ihr Vorzug, wirkt der Inhalt nicht gewollt pädagogisch. Wer die Jugend gewinnt, der gewinnt auch die anderen; heut haben die Jungen das Wort, und an sie sollte man sich vor allem wenden, wenn es gilt, die Liebe zu der stummen Kreatur zu predigen.

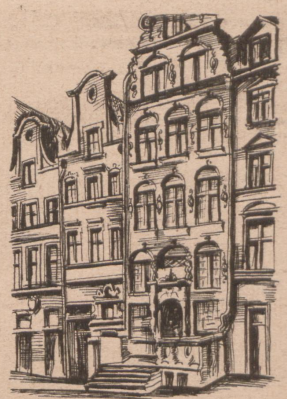




Else Pauli.

Kalender für das Auslanddeutschtum 1929. Herausgegeben vom Deutschen Auslandsinstitut Stuttgart. Preis 2 RM.

Der Kalender mit Geleitworten von Reichskanzler a. D. Luther, Kultusminister a. D. Boelitz und Wirtschaftsminister a. D. Hamm erfreut bildlich und textlich, und läßt sich die Pflege des Deutschtums im Ausland besonders angelegen sein. Er zeigt bevölkerungs-, kultur- und wirtschaftspolitisch auslandsdeutsches Empfinden und die Zusammenhänge der gesamtdeutschen Kultur. Der Kalender führt wie ein Panorama durch alle Staaten der Welt, in denen Deutsche wohnen. In bunter Reihenfolge macht er auf deren Schaffen und Wirken aufmerksam, so daß das Werk wohl geeignet ist, die Anhänglichkeit an unsere Volksgenossen jenseits der Staatsgrenzen zu stärken und das Verständnis für deutsches Volkstum und für das Verbundensein in einer höheren Gemeinschaft, der Nation, zu fördern. Das deutsche Volksschicksal ist hier Gestalt geworden und reflektiert ein Spiegelbild schaffenden Geistes, das wert ist, weiteren Kreisen des deutschen Volkes zugänglich gemacht zu werden. Und damit erfüllt der Kalender eine nicht zu unterschätzende Kulturmission. W.



Jopengasse Danzig

Weltpolitische Bücherei

HERAUSGEBER Dr. ADOLF GRABOWSKY

Die **Weltpolitische Bücherei** setzt sich zum Ziel, weltpolitische Kenntnisse zu vermitteln: durch die geopolitische Methode. **Sie will nicht Literatur bieten,** sondern Leben. Mehr als jedes andere Volk braucht das deutsche, so literarisch gerichtete, weltpolitisches Können, um sich überhaupt zurechtzufinden in der Welt.

Man spricht heute **viel von Volk ohne Raum,** man **sollte auch von Weltpolitik ohne Raum reden,** als einer Sache, die überwunden werden muß.

Die Weltpolitische Bücherei erfüllt ein neues **Sehen** und ein neues **Denken,** ein neues Denken, weil ein neues Sehen; ein plastisches Denken. Daß dazu nicht nur das Wort gehört, sondern auch **die Karte und das Diagramm,** versteht sich von selbst. Ein neuer Typus der Karte, eine **Karte des Wesentlichen ist geschaffen,** eine neue **Art Diagramm ist charakteristisch geformt.**

Bändchen, nicht Bände, werden hier geboten. Die Bücherei wird in ihrer Gesamtheit ein stattliches Werk darstellen, die einzelne Schrift aber soll klein gehalten sein, nicht nur des Lesers, auch des Verfassers wegen. Die Mitarbeiter der Weltpolitischen Bücherei sind Fachleute, aber sie machen aus ihrer Fachwissenschaft keine Geheimwissenschaft. Sie marschieren alle unter einer Fahne: **Geographen** und **Historiker, Volkswirtschaftler, Soziologen** und **Vertreter mancher anderen Disziplin.**

DIE ZEHN BÄNDCHEN DER ERSTEN REIHE:

Band 1: Adolf Grabowsky, **Staat und Raum.** 112 Seiten mit 2 Tabellen . . . . . Preis RM 3,—
Band 2: Erwin Scheu, **Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke.** 80 Seiten mit 20 Karten . . . . . Preis RM 2,40
Band 3: Otto Maull, **Politische Grenzen.** 104 Seiten mit 12 Karten . . . . . Preis RM 3,—
Band 4: Randolf Rungaldier, **Österreich.** 52 Seiten mit 9 Karten . . . . . Preis RM 1,80
Band 5: Albrecht Burchard, **Staat und Klima.** 80 Seiten mit 10 Karten . . . . . Preis RM 2,40
Band 6: Franz Thorbecke, **Das tropische Afrika.** 80 Seiten mit 5 Zeichnungen . . . . . Preis RM 2,40
Band 7: Walther Pahl. **Der Kampf um die Rohstoffe** 80 Seiten mit 16 Zeichnungen . . . . . Preis RM 2,40
Band 8: Fritz Machatschek, **Die Tschechoslowakei.** 80 Seiten mit 5 Karten . . . . . Preis RM 2,40
Band 9: Max Eckert, **Meer und Weltwirtschaft.** 80 Seiten mit 19 Karten . . . . . Preis RM 2,40
Band 10: Josef März, **Landmächte und Seemächte.** 64 Seiten mit 10 Zeichnungen . . . . . Preis RM 2,40

Gesamtpreis der ersten Reihe RM 24,60 — in geschmackvoller Kassette
Ausführlicher Prospekt kostenlos — durch jede Buchhandlung

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

Zeiß-Tessar 4,5

Compur Photo 9×12 Luxusausführung krankheitshalb, für 120 Mk. zu verkaufen. Off. unter: Schließfach 18, **Rhöndorf/Rh.**

Allerfeinste **Oldenburger**
Tafelbutter
preisgekrönt, a. hocherhitzt. Rahm, versendet tägl. frisch in Postpak. v. 6 und 9 Pfd. Inhalt, in 1- oder ½ Pfd.-Stück verp., gegen Nachn. zum Tagespreis.
Erste Butjadinger Molkerei-Gen. Ruhwarden 18 (Oldbg.)

GRAUE HAARE
erhalten ohne zu färben Naturfarbe wieder durch Gebrauch meines 1000fach bewähr. Haarsaftes CERES. Garantie für Wirkung und Unschädlichkeit.
Flasche M. 4.—
LABOR. W. ECKHARDT.
AUGSBURG II/79
RAVENSPURGER STR. 12

Thür. Pflaumenmus
gar. reine, zuckergesüßte, feinste Qualität, 10 Pfund-Eimer M. 3.75 ab hier Nachn.
Lebensmittel-Preisliste kostenlos
Otto Ritter, Pflaumenmusfabrik, Schkölen i. Thür. 136

Billige Hauswäsche
Über Bord kommen ca. **12 000** neue weiße **Mehlsäcke** Stoffbreite 100×130 cm Stück nur **98** Pfennig, weil ohne Schriftaufdruck geliefert. Die Säcke sind fehlerlos, ungenäht und unzerschnitten und eignen sich vorzüglich für Leib- und Haushaltswäsche, Laken, Zuggardinen usw. Versand direkt an Private nicht unter 12 Stück. 20 Stück ½ Porto. 30-60 in einem fortlaufenden Stück post- bahnfrei Haus. Verpackung frei. Ia Qual. Garantie—Rücknahme. **Norddeutsches Exporthaus** Inh.: **Wilhelm Harries, Bremen B 2,** Hemmstr. 156



klebt, leimt, kittet Alles

Diese Uhr

24-Stunden-Zifferblatt, Ia Ankerwerk vers. mit vergold.Ränd. sow. gut verg. Kavalierk. m. 2jähr. schriftl. Gar. f. nur zusammen M. 6,50
„Estra" Halle a. d. S. Nr. 53.

Schreibmaschinen
Sichtschrift, Normalgröße, fabrikneu. Referenzen v. Behörden u. Privaten. Prospekt frei. **35.-**
Müller, Berlin
Stralauer Str. 39, Fabrikgeb.

Gute **Bücher** Listen gratis besond. billig **Nova. München 2** Schließfach 101

PIANOS
HARMONIUMS, neue, gebrauchte, ohne Anzahlung. **APOLLO-MUSIKHANDEL** Berlin N 24, Friedrichstr. 114 (Oranienburger Tor)

Weihnachts-angebot. Nähmaschinen und Motoren, alle Systeme, zu Fabrikpreisen. Gänzlich ohne Anzahlung, erste Rate Januar **2,50 M.** an. Langjährig. Garantie. Unterricht frei. Alte Maschinen werden angenommen. Kein Laden, darum konkurrenzlos billig und höchste Vergütung bei Selbstkauf oder Vermittlg. Lieferung nach auswärts frei Bahnstation. Unverbindl. Besichtigung erwünscht bei **Richter, Berlin N,** Brunnenstr. 52, I, Ecke Bernauer Str. Tel.: Humboldt 9365. Auch Postkarte genügt.

Direkt ab Produktionsort
Feine
Rhein-Weine
billigst
Erich Müller
Weingutsbesitzer
Nierstein a. Rhein
(Inh. d. F. **Weingut** Geschw. Strub)
Verlangen Sie bitte Preisliste H.
Prämilierte Weine


SILBER-BESTECKE
massiv Silber 90 Gramm versilberte und Alpaka-Besteck. liefere ich geg.
6 Monatsraten
Katalog kostenlos
H. RAUSCH
DÜSSELDORF 49
Glockenstraße 16
Spezialbetrieb für versilb. Tafelbestecke.

PIANOS
prächtige, mod., tonschöne Instrumente, Güte bekannt, 50,— Anzahlung, 30,— monatliche Abzahlung. Beamte auch ohne Anzahlung. Katalog kostenlos.
Sachter u. Co., Berlin,
Friedrichstraße 244.

Aus 6 Pfd. alten Wollsachen
werden 18 Mtr. Damenstoff oder 9 Mtr. Herrenstoff sehr schön und billig umgearbeitet, ebenso zu Teppichen, Läufern und Bettvorlagen, Schlaf-, Pferde- und Kuhdecken. **WOLLWEBEREI HEINR. SEIM, Lardenbach 72, Oberh.** Verlangen Sie Muster und Anfertigungspreis.

Achtung
Artikel der Gesundheits- und Krankenpflege, chirurgische und hygienische Gummiwaren. **Gummistrümpfe** etc. Preisliste gratis. HERMANN DELIN, Berlin 212, Belle-Alliance-Straße 32. Gegründet 1884


„BACCHUS"
WEIN-SCHRÄNKE
PREISLISTE GRATIS
JOH. NIC. DEHLER
COBURG 14


Diese 6teilige Schreibzeuggarnitur, Plattengröße 27×16 cm, ist für **M. 12,75** a. weißem Harzerstein, für **M. 15,75** a. dunkl. Thüringerstein ab Verkaufslager — Versand nur geg. Nachn. zu haben. **M. E. LEFELD, Hamburg 36,** Z Postf. 154/3

CARL HEYMANNS VERLAG ZU BERLIN W 8

Zeitschrift für Politik

herausgegeben von
Prof. Dr. Rich. Schmidt, Leipzig
und
Dr. Adolf Grabowsky, Berlin

XVIII. Band 1928-1929

Monatlich ein Heft
24 Mark jährlich. Einzelheft 2,50 M.

Die seit dem Jahre 1907 bestehende Zeitschrift für Politik ist **das anerkannte Zentralorgan der politischen Forschung in Deutschland und eine der ersten wissenschaftlich-politischen Revuen der Welt.** Sie berücksichtigt die äußere Politik wie die innere, die Parteienkunde wie die Geschichte der politischen Ideen — sie ist nicht einseitig, sondern allseitig. In den Vordergrund stellt sie dabei die auswärtige Politik, wie dies notwendig ist in einer Epoche, in der die großen außenpolitischen Probleme, das Ringen um eine neue Weltordnung das Hauptinteresse in Anspruch nehmen. Zu den Mitarbeitern zählen führende deutsche Staatsmänner und Gelehrte, sowie bedeutende Denker und Forscher des Auslandes. Im Volksstaat der Gegenwart, in dem jeder einzelne zur Mitarbeit berufen ist, muß auch jeder einzelne zur innerlichen Erfassung der politischen Probleme vordringen. Diese Arbeit leistet die Zeitschrift für Politik seit länger als 20 Jahren. Sie darf von sich behaupten, daß sie eine politische Wissenschaft in Deutschland erst eigentlich begründet hat.

Die Zeitschrift erscheint seit dem laufenden Band in Monatsheften und vermag so noch mehr als vordem den politischen Ereignissen auf dem Fuße zu folgen. Im ganzen werden im Jahre gegen 60 Druckbogen geliefert. In Anbetracht ihrer Reichhaltigkeit ist der Preis außerordentlich bescheiden.

Die Zeitschrift ist in Abhandlungen und kürzere praktische Berichte gegliedert. Besonders ausgestaltet sind die laufenden Berichte aus den Hauptkulturländern. In einem dritten Teil finden ausführliche Besprechungen Platz. Ihren großen Ruf im Inland und im Auslande verdankt die Zeitschrift nicht zum geringsten dem vorzüglich ausgebauten Rezensionenteil, der auch große Gesamtreferate bringt. Die geopolitische Betrachtungsweise, die mit Vorliebe verfolgt wird, äußert sich in einer Ausstattung mit wertvollem Kartenmaterial. Als ständige Beilage sind die Mitteilungen der Deutschen Hochschule für Politik angefügt mit einer ausgedehnten, von kurzen kritischen Notizen begleiteten Bibliographie der politischen Literatur.

Die Zeitschrift für Politik bildet den Grundstock der Bücherei jedes politisch Interessierten.

1122 tadellos echte **Briefmarken** aller Länder, dabei Togo, Deutsch-Ostafrika, Samoa **u. Preuß., Thurn u. Taxis, Sachs.** Katalogwert 30.— bis 40.— RM. f. nur M. 2,85 u. Nachn. **Greve 14,** Auerbach, Hessen

1025 versch. echte **Briefmarken** aller Länder, dar. Brschw., Thurn u. Taxis, Sachsen, Preuß. u. 24 vsch. dtsch. Kol., nur M. **3,85.** Gr. ill. Preisl. ü. Altd. sow. Ldpak. u. Brfm.-Alb. kostl. **Max Herbst,** Markenh. **Hamburg 255**

Briefmarkensammler
Seit 35 Jhr. vertritt „Die Post" eure Interess. Herr. Facharbeiten, Preisrätsel, Gratisprämien.
Probe-Nr. gr. Verlag „Die Post" Wilhelmshav.-R.2. Postfach 65 J

NEUDEUTSCHLAND
A B Z
sind
BRIEFMARKEN-AUSWAHLEN
ZU EINHEITSPREISEN!
FÜR SPEZIALSAMMLER!!!!!!!!!!!

A: FARB- u. PAPIER-ARTEN (über 600) St. 10 PF.
FÜR ANFÄNGER als PAKET = 650 Stück M. 25,—
B: VERSCHOBENE Aufdrucke, VERZÄHNT,
ABKLATSCHE, DURCHdrucke etc. St. 50 PF.
Z: wie B, aber Stück . . . . . RM. 1,50
Za: SELTENHEITEN . . . . . BILLIGST !!!
SARRE-ABATTEN MEMEL-WEITdrucke n. FEHLLISTEN!!!!!
GELEGENHEITEN: MARIENWERDER

Nr. 15—20 komplett,	KATALOG	140.—,	NUR	35.—
Nr. 22—25	„	19.50,	„	5.—
Nr. 20 allein	„	35.—,	„	15.—
Nr. 21	„	125.—,	„	32,—
MEMEL Nr. 29	„	30.—,	„	13.—

SARRE- GERMANIA: 2, 2½, 3, 5, 7½, 10, 15, 20 und 25 PF. NUR 2.80
dieselben mit Balkentrennung 6.50
SAARGEBIET a. GERMANIA, 21 WERTE kpl. 4. 0
DEUTSCH. R. 5000.— Querform UNGEZÄHNT RRR . . . . . NUR . . 8.—
PREISE NETTO ! — PORTO BESONDERS ! ! !
P.-SCH.-K.: 116 60 LUDWIGSHAFEN a./RH.
H. BETSCH, EISENBERG-PFALZ!!

Klee Linden **Honig** ein Genuß. Gar. rein 10 Pfd. Dose 11,90 M. Halbe D. 2 M. 5 Pfd. D. 2 M. frei Haus. Nachn. 30 Pf. mehr. Gar. Rücknahme Imkerrat Westf. **Krieger, Rietberg 229**

Briefmarken
Garantiert echt!
Alle verschieden!

100	verschiedene Württemberg	Mk.	3,20
150	versch. Bayern	„	1,70
50	versch. Persien	„	1,60
100	verschiedene Franz. Kolonien	„	0,80
100	verschiedene Port. Kolonien	„	1,30
25	verschiedene Belg. Kongo	„	0,95
25	versch. Fiume	„	1,25
100	verschiedene Luxemburg	„	4,60
100	versch. Türkei	„	1,85
50	versch. Memel	„	1,50
50	verschiedene Saargebiet	„	1,10
50	verschiedene Niederl. Indien	„	1,35
100	verschiedene Portugal	„	1,55
100	verschiedene Bulgarien	„	1,45
100	verschiedene Griechenland	„	2,55
Sammlung	1000 verschiedene	„	2,10

Preislisten gratis!
Lieferung geg. Vorauskassa oder Nachnahme! Porto extra!
Briefmarkenhandlung F. Proppe, Pfeddersheim (Rheinhessen)

Briefmarken gratis
150 Auslandsmarken, tadelfreie, dazu unverbindliche Auswahlsendung. Alle Alben u. Kataloge lieferbar.
P. Lahn, Berlin-Steglitz Kieler Straße 5.

Reste! In Schürzen, Zephir, Regatta- und Jagdstoffen bis 1 Mtr. Länge 8.— p. Kilo, 1 Mtr. aufwärts 10.— p. Kilo. **Prima Waschseide!** Coupons 6—12 Mtr. geblümt, und kariert p. Mtr. 1.80. **Fertige Kleider!** in waschechtem Zephir, Musselin u. Waschseide 5—6 Künstlerdruckkleider 9.—. **Satinschürzen!** Qualitätsware, versch. Dessins, Jumperform 3 Stck. 10.—. Wer einmal kauft, bleibt Kunde. **L. Steinmetz, Losheim** Bez. Trier, Schließfach 400.

Fritzchen i. Traumland!
Das gute Jugendbuch! Herrliches Festgeschenk Preis gegen Vorauszahlung 4.— Mk. (Nachn. 50 Pf. mehr)
Rudolf Langer, Chemnitz 28 Postfach

Opernglas
Form ½ Birne, solide und präzise Ausführung mit guter Optik. Durch Mitteltrieb einstellbar. Brücke und Auszug vernickelt oder schwarz lackiert. Körper mit Kunstleder bezogen. Ganze Höhe 95 mm. Wirklich preiswertes Gebrauchsglas, weit teureren Gläsern gleichwertig. Preis **nur 4,80 M.** u. Porto p. Nachn.
SKATOLA - VERTRIEB, BERNBURG a. S. 31



Handgewebte Leinenwaren, vom Erzeuger. Reinl. Handtüch. weiß à St. 1,20 M. dto. bunt für Küche —,85 „ Gläsertüch. reinl. bunt kar. —,65 „ Bettlaken halbl. 160 cm à m 2,85 „ dto. reinl. 160 cm à m 3,60 „ Linons, Tischzeuge, Inlett, Dowlas usw. Verl. Sie Preisliste u. Muster. Versand u. Nachnahme. **Wilhelm Gröger, Handweberei, Mittelwalde, Grafschaft Glatz.**



direkt aus dem Harz, von M. 9,— an, Stammvögel, Vorsg., Zuchtpaare, schneeweiße Kanarien, Futter, **Farben Wellensittiche** Preisliste frei, Feinzucht edler Kanarien u. Wellens.
REININGER, QUEDLINBURG I. H. 71.

Gegen Rheumatismus Gicht, Ischias u. Nervenschmerzen
gibt es zahllose Mittel, von denen jedes das Beste sein möchte; werfen Sie daher Ihr Geld nicht hinaus für wertlose Präparate, welche nur bluffen, aber Ihnen **niemals** Heilung bringen.

Hilfe finden Sie selbst bei langjährigen Leiden durch mein in Wirksamkeit und Unschädlichkeit **unübertroffenes Spezialmittel,** welches **garantiert** frei von **Giften** und **schädlichen** Arzneien ist. **Langwierige** oft zwecklose Tee- und Einreibekuren sind nicht mehr nötig, denn mein Spezialmittel ist **leicht** und **angenehm** einzunehmen.

Tausende Dankschreiben bezeugen die hervorragenden **Erfolge.** Diese Schreiben geben einen erschütternden Bericht von dem Dankesempfinden, welches schmerzgequälte Menschen spontan äußerten. — Man schrieb mir: „Keine Schlaflosigkeit mehr. **Die Schmerzen sind fort** und zwar nicht nur für den nächsten Augenblick, wie bei anderen Mitteln, **sondern für immer!!**

Garantiere für den Erfolg, indem ich Ihnen den **vollen** Betrag zurückzahle, wenn durch den Gebrauch meines Spezialmittels **keine Besserung** eintritt. **Zögern** Sie daher **nicht** länger, damit auch Ihnen geholfen wird. Schreiben Sie noch heute. Preis pro Originalpackung Mark **6,—.** Versand durch die Apotheke. Broschüre mit **notariell** beglaubigten Anerkennungsschreiben auf Verlangen kostenlos.

E. Kühlke, Düsseldorf K 76
Grupellostraße 19

Feinstes Tafel-Pflaumenmus
unübertroffen im Geschmack, Dankschr. und Nachbest. fortgesetzt.
10-Pfund-Posteimer . . . . . 3,65 RM
30-Pfund-Emaille-Eimer (prkt.) . . . . 10,50 RM
Ia Speise-Sirup
10-Pfund-Posteimer. . . . . 4,— RM
Tafel-Senfgurken
Die 8-Pfund-Postdose. . . . . 4,75 RM
Ab hier, unter Nachnahme
Fritz Kleine, Magdeburg-Fr. 172

10 Buschrosen 4 M.
10 neue Sorten 6 bis 8 M.
100 Tulpen
Hyazinthen, Narzissen, Scilla, Iris zusammen 7 M.
6 verschied. Kakteen
zu 4, 5, 6, 7 und 9 Mark versendet
W. Bax
Wittenberge 36, Bez. Potsd.

HONIG
(Blüten-Schleuder)
allerfeinste
„Auslese"
Garantie für Reinheit, 10-Pfd-Eimer M. 11.50, 5 Pfd. M. 6.75 franko. Nachn.-Gebühr trage ich.
Frau Pastor Kärner Ww., Aumühle 85 (Bez. Hamburg).

Wir verkaufen diese solide und elegante
Anker-Remontoir-Uhr
m. 24-Stunden-Zifferblatt für nur
täglich **10 Pf.**
zum Preise von nur 12 RM., zahlbar in vier Monatsraten. Wir geben volle Garantie für guten u. sicheren Gang. Unsere Uhr ist echt versilbert, mit Goldrändern u. einem Sekundenzeiger versehen. Das Werk ist sorgfältig geprüft u. genau reguliert.
Armband-Uhren zum gleichen Preise! **Tausende** dieser Uhren im täglichen Gebrauch. Wir vertrauen ihnen, bestellen Sie daher noch heute v. Uhren-Vertrieb der seit 1908 bestehenden
Heriot-Companie
Berlin-Friedenau. 57

1mal schreiben = 10000mal drucken
das geht nur mit dem patentierten
BÜROGRAPH
Er druckt von Metallfolien, die, mit der Schreibmaschine wie ein Blatt Papier beschrieben, sofort oder noch nach Jahren beliebig viele Abzüge in jeder Farbe hergeben. Auch Druckschrift, Strichzeichnungen.- Keine Chemikalien! Viele 1000 Apparate arbeiten bereits bei Behörden, Schulen, Vereinen, Privaten, Groß- u. Kleinbetrieben.- Viele Anerkennungen!
Mod. A (15/21 cm) kostet M. 18,—
Mod. B (21/30 cm) kostet M. 23,—
zuzügl. Porto u. Nachnahmespesen. Prospekt frei. Ausf. Beschreibung, Druckproben u. Folienmuster 30 Pf.
„Bürographia", Berlin C. 54, Weinmeisterstr. 14. PSK: Berlin 36612

Verantwortlich für den redaktionellen Teil gemäß Pressegesetz: Ministerialrat Dr. Strahl, Berlin. — Für den Anzeigenteil: Ernst Horn, Berlin-Spandau. — Offsetdruck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.